



Irene Dittrich/Wilfried Kalk

„Wir wollen nicht länger Menschen zweiter Klasse sein!“

Der Metallarbeiterstreik in Schleswig-Holstein 1956/57

Unter dieser Losung wurde der bis heute längste Arbeitskampf in der Geschichte der Bundesrepublik, der Streik der Metallarbeiter in Schleswig-Holstein, 16 Wochen lang vom 24. Oktober 1956 bis zum 14. Februar 1957 geführt. Rund 30 000 Metaller legten die Arbeit nieder, um vor allem die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle und damit die Gleichstellung mit den Angestellten durchzusetzen.

In dem vorliegenden Aufsatz soll die wirtschaftliche und soziale Situation vor Beginn des Streiks sowie sein Verlauf geschildert werden. Zudem soll die detaillierte Darstellung einzelner Teilbereiche, wie z. B. des Streikalltags, der Solidaritätsbewegung usw., einen Gesamteindruck des Streiks zu vermitteln versuchen. In einem Schlußteil werden der Streik und seine Folgen theseartig eingeschätzt. Insgesamt erhebt dieser Aufsatz keinen Anspruch auf Vollständigkeit, vielmehr sind wir der Meinung, daß einzelne Teilbereiche erst umfassender dargestellt werden können nach weiteren Forschungen und Befragungen auf lokaler und regionaler Ebene.

Seit Ende der 40er Jahre war die Situation in der Bundesrepublik Deutschland gekennzeichnet durch die Restauration der privatkapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und eine zunehmende wirtschaftliche, politische und militärische Westintegration. Innenpolitisch gab besonders die Remilitarisierung Anlaß zu Auseinandersetzungen. Die Zeit des Kalten Krieges brachte einen zunehmenden, unreflektierten Antikommunismus mit sich, der auch innerhalb des DGB Wirkung zeigte.

Seit Beginn der 50er Jahre sahen sich der DGB und seine Einzelgewerkschaften einer verstärkten antigewerkschaftlichen Offensive der Unternehmer gegenüber. Bei der Auseinandersetzung um das Betriebsverfassungsgesetz mußte der DGB eine Niederlage hinnehmen, da u. a. die paritätische Mitbestimmung in den Aufsichtsräten nicht durchgesetzt werden konnte. Eine ähnliche „Schlappe“ erlitt der DGB 1955 bei der Verabschiedung des Personalvertretungsgesetzes für den

öffentlichen Dienst. Gleichzeitig versuchten die Unternehmer immer wieder, Streikvorbereitungen in der Öffentlichkeit als Vorbereitung zum Staatsstreich darzustellen. Den Streikenden wurde jahrelang Not als Folge angeblich „überzogener“ gewerkschaftlicher Forderungen vorausgesagt.

1954 verabschiedete der DGB ein Aktionsprogramm, in dem im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung realisierbare, unmittelbar an den Interessen der Lohnabhängigen anknüpfende Forderungen aufgestellt wurden. Darin wurde u. a. eine kürzere Arbeitszeit, die 5-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich mit täglich 8-stündiger Arbeitszeit, die Erhöhung der Löhne und Gehälter und eine ausreichende Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfall, Alter und Not gefordert. Mit der Verkündung dieses ersten Aktionsprogramms und der Hauptforderung tarifpolitischer und gewerkschaftlicher Nahziele verlagerte sich die Initiative zur Durchsetzung dieser Forderungen vom DGB auf die Einzelgewerkschaften. Hier übernahm vor allem die Industriegewerkschaft Metall (IGM) als stärkste Einzelgewerkschaft die Rolle des „Schrittmachers“. Dies wird schon durch die Tatsache deutlich, daß alle großen tarifpolitischen Kämpfe in den 50er Jahren in den Bereich der IG Metall fallen – der Streik der Metaller in Hessen 1951, der Streik der Metaller in Bayern 1954 und schließlich der Streik der Metaller in Schleswig-Holstein 1956/57.

Der Streik der Metaller
vom 24. 10. 56 bis
zum 14. 2. 57
Worum ging es in die-
sem Streik?

Die Hauptforderungen eines der wichtigsten Streiks der bundesdeutschen Geschichte waren: 1. Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle für Arbeitnehmer für die Dauer von 6 Wochen; 2. Zahlung eines zusätzlichen Urlaubsgeldes in Höhe von 7,50 DM täglich; und 3. die Verlängerung des Urlaubs. Dieser Arbeitskampf hatte exemplarische Bedeutung: Die Diskriminierung der Arbeiter gegenüber den Angestellten im Krankheitsfalle sollte beseitigt werden. Der politische Charakter des Arbeitskampfes um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle wurde noch dadurch unterstrichen, daß die Regierungsparteien im Bundestag (CDU und FDP) bis zu diesem Zeitpunkt die Verabschiedung einer von der SPD 1955 eingebrachten Gesetzesvorlage zu dieser Frage immer wieder durch Vertagungsanträge verzögert hatten.

Im „*Bremer Abkommen*“ von Anfang 1956, einer Vereinbarung zwischen der IG Metall und den Arbeitgeberverbänden, wurde zwar eine Arbeitszeitverkürzung auf 45 Stunden und eine Tariflohnerhöhung um 8 Prozent festgelegt, aber die Frage der Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle war ausgeklammert worden.

Die wirtschaftliche Lage der Metallindustrie und die soziale Situation der Metallarbeiter im Tarifgebiet Schleswig-Holstein

Die wirtschaftlichen Voraussetzungen der metallverarbeitenden Industrie und insbesondere des Schiffbaus zur Realisierung der gewerkschaftlichen Forderungen waren außerordentlich günstig: Während der Umsatz je geleisteter Arbeitsstunde in der metallverarbeitenden Industrie von 1951 6,52 DM (Schiffbau 6,25 DM) bis 1955 auf 9,54 DM (Schiffbau 10,98 DM) stieg, waren die Löhne je geleisteter Arbeitsstunde nur von

Finden Sie das gerecht?

Wenn Hein Müller arbeitet
verdient er in 28 Tagen 406,80 DM
und selbst nach Abzug
der Steuern und Sozial-
versicherungsbeiträge
immer noch 350,50 DM

Wenn Hein Müller krank ist
bekommt er in 28 Tagen
nur 175,18 DM
nämlich:
3 Tage
(Karenzzeit) 0,00 DM
9 Tage
Hausgeld 58,86 DM
16 Tage
Krankengeld 116,32 DM

Hein Müller verliert also
175,12 Deutsche Mark,
die Hälfte seines Verdienstes!

Seit Schweißer Hein Müller im Krankenhaus liegt, muß Frau Inge scharf rechnen. Selbst notwendige Anschaffungen werden zurückgestellt. Es fiel ihr bitter schwer, aber neulich mußte sie zu ihrer Lütten sagen: „Du brauchst dringend einen neuen Wintermantel. Aber wir müssen noch warten. Du bekommst ihn, wenn Vater gesund ist.“

Denn dies sind die Tatsachen, die Frau Inge mit ihren beiden Kindern bedrängen: „Mindestens zwölf Tage“ – so sagt der Arzt – „muß Ihr Mann im Krankenhaus liegen. Frühestens in vier Wochen kann er wieder arbeiten, wenn Sie ihn gut pflegen. Stellen Sie ihm immer etwas Ordentliches auf den Tisch.“

Für Frau Inge bedeutet das: erhöhte Ausgaben bei einem Krankengeld, das nur halb so hoch ist wie der normale Verdienst ihres Mannes.

Das ist nicht gerecht

Deshalb

fordern die Metallarbeiter die Lohnfortzahlung auch bei Krankheit.

Deshalb

streiken die Metallarbeiter in Schleswig-Holstein.



INDUSTRIEGEWERKSCHAFT METALL

für die Bundesrepublik Deutschland - Bezirksleitung Hamburg

1951 1,44 DM (Schiffbau 1,53 DM) bis 1955 auf 1,81 DM (Schiffbau 1,96 DM) gestiegen, d. h. real ging der Lohnanteil am Umsatz in der metallverarbeitenden Industrie um 25,7 Prozent und im Schiffbau um 28,1 Prozent zurück.¹

Darüber hinaus war die Auftragslage hervorragend. Die Kapazitäten der Werften – über 25 000 der insgesamt rund 60 000 schleswig-holsteinischen Metaller arbeiteten auf ihnen – waren so stark ausgelastet, daß zum Teil Lieferfristen bis zum Jahr 1962 bestanden. Die Auftragslage der meisten anderen metallverarbeitenden Betriebe gestaltete sich ebenso günstig, da sie größtenteils Zulieferbetriebe der Werften waren. Die Streikleitung hatte

„errechnet, daß die Erfüllung der beiden Hauptforderungen nach Lohnausgleich und Urlaubsgeld etwa 3,23 Prozent der Bruttolohnsumme ausmachen würde. Die Abteilung des Vorstandes kam zu ähnlichen Ergebnissen; diese Berechnungen sind bisher nicht widerlegt worden.“²

An der Verbesserung der ökonomischen Situation in der Metallindustrie hatten die Arbeiter und ihre Familien bis zum Zeitpunkt des Streiks kaum Anteil. Auf dem 3. ordentlichen

Plakat des DGB, 1956



¹ Vgl. Dokumentation. Streik der Metaller Schleswig-Holstein 1956/57, hrsg. von dem Vorstand der IG Metall, Frankfurt/Main 1978, S. 49. Abkürzung: Dokumentation.

² Dokumentation, S. 75.

DGB-Kongreß 1954 führte V. Agartz, damaliger Leiter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des DGB, aus:

„Es steht fest, daß etwa 80 Prozent aller Berufstätigen ein Einkommen unter 400 DM brutto haben. Es steht fest, daß der deutsche Industriearbeiter mit der Kaufkraft seines Lohnes für eine Arbeitsstunde von 16 westlichen Ländern an drittletzter Stelle steht. Es steht ferner fest, daß die Preise für Lebensmittel in diesen 16 Ländern sich so gruppieren, daß Westdeutschland in der Spitzengruppe, und zwar an vierter Stelle, rangiert.“³

Daß die Forderung nach einem Wegfall der Karenztage im Krankheitsfalle für einen Arbeiter, abgesehen von der Benachteiligung gegenüber einem Angestellten, auch in finanzieller Hinsicht immer notwendiger wurde, zeigen folgende Zahlen: Die Anzahl der Krankheitsfälle stieg von 1949 mit 51,9 bei 100 Krankenkassenmitgliedern bis 1956 auf 63,9. Ende 1955 schieden 73,8 Prozent aller invalid gewordenen Arbeitnehmer vor Vollendung des 65. Lebensjahres aus. Das durchschnittliche Invaliditätsalter lag 1956 bei ca. 53 Jahren. Bei den Howaldtwerken in Kiel waren im Winter 1955/56 von ca. 13 000 Arbeitern 3 000 erkrankt. 1955 hatte fast jeder 4. Werftarbeiter einen Unfall.⁴

Die Unternehmer weigerten sich aber aus grundsätzlichen Erwägungen, die Forderungen zu erfüllen, da sie u. a. einen Präzedenzfall für die gesamte Bundesrepublik und für andere Industriezweige vermeiden wollten.

Bereits im August 1955 hatte der Vorstand der IG Metall beschlossen, alle Rahmentarifverträge zu kündigen, bei denen die Möglichkeit dazu bestand. Dies war u. a. in Schleswig-Holstein der Fall. Im September 1955 forderte die Große Tarifkommission Schleswig-Holstein alle Verwaltungsstellen auf, in Funktionärsversammlungen Vorschläge für einen neuen Rahmentarifvertrag zu entwickeln. Eine kleine Kommission beriet dann den Vertragsentwurf, der gleichzeitig eine Umsetzung des DGB-Aktionsprogramms bedeutete. Diesen Vertragsentwurf erhielten die betroffenen Arbeitgeberverbände, der Arbeitgeberverband der Metallindustrie in den Kammerbezirken Kiel und Flensburg e. V. und der Verband der Eisen- und Metallindustrie in Schleswig-Holstein im April 1956 gestellt. Am 28. Juli 1956 fanden erste Gespräche mit den Arbeitgebern statt. Doch eine baldige Einigung war nicht zu erwarten. Bereits ab August wurde auf der Howaldtwerft von der Möglichkeit eines Streiks gesprochen, da die Arbeitgeber den Hauptforderungen nicht entgegenkommen wollten. Am 28. September 1956 erklärte die gewerkschaftliche Verhandlungskommission das Angebot der Arbeitgeber für unzureichend: die Zahlung eines zusätzlichen Urlaubsgeldes wurde abgelehnt, bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wollten die Arbeitgeber nur die Regelung zugestehen wie sie in der Heizungsindustrie vereinbart worden war. In dieser Branche wurde die Lohnfortzahlung auch erst nach einem Streik durchgesetzt, aber nicht als Bestandteil eines Rahmentarifvertrages,

Der Beginn des Streiks

³ Zit. n. Deppe, F., Fülberth, G., Harter, H.-J. u. a.: Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Köln 1977, S. 350f.

⁴ Vgl. Streik-Nachrichten Nr. 2 vom 26. 10. 1956; Köhler, F.: Drei gerechte Forderungen, Berlin (DDR) 1958, S. 34f.

⁵ Die Angaben über die Anzahl der Streikenden sind häufig unterschiedlich: Die Summe aller Beschäftigten in bestreikten Betrieben betrug ca. 42000, davon waren über 34000 Arbeiter, von denen 29500 als Streikende registriert waren. Die Differenz von 5000 Arbeiter/innen zwischen Streikenden und Beschäftigten setzt sich zusammen aus Notstandsarbeitern (ca. 1000), Streikbrechern (ca. 800), Lehrlingen und unorganisierten Arbeitern. Ein großer Teil der unorganisierten Arbeiter wanderte bereits vor Beginn des Streiks in andere Betriebe ab.

Auf Beschluß der Zentralen Streikleitung wurden neben Pfortner-, Feuerwehr-, Sanitätsdienst und der Ablage von Materialien als Notstandsarbeiten nur solche Dockarbeiten genehmigt, bei denen Schiffe aufgrund von Havarien im Bereich der Wasserlinie beschädigt waren und aufgrund dessen dringend repariert werden mußten.

Gründe für einen Schwerpunktstreik

Streikbeginn

⁶ Im ‚Bayernstreik‘ 1954 blieben die materiellen Vereinbarungen hinter den Forderungen der Streikenden zurück. Während des Streiks versuchte die Landesregierung zunehmend, Druck auf die Gewerkschaften auszuüben. Zwischen den Streikenden und der Polizei kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen. Von den Angestellten, die ehemals für den Streik gestimmt hatten, beteiligte sich kaum jemand am Streik. Die Unternehmer versuchten, die Streikenden durch Kündigungen, Räumungsklagen und Mieterhöhungen bei Werkwohnungen zur Aufgabe des Streiks zu zwingen.

sondern als Sozialleistung der einzelnen Betriebe. Dieser Vorschlag war für die IG Metall unannehmbar.

Daraufhin begann nach einer Großkundgebung in der Kieler Ostseehalle am 8. Oktober 1956 die Urabstimmung über das Angebot der Arbeitgeber am 11./12.10.56. Diese Urabstimmung war gleichzeitig gekoppelt mit der Frage nach der Streikbereitschaft. Insgesamt erklärten sich in dieser Urabstimmung 77,5 % der Arbeiter bereit, der Streikaufrufung zu folgen. So legten als erste am 24.10.1956 um 6 Uhr über 18000 Arbeiter in 15 Betrieben für den – wie sich zeigen sollte – längsten Streik der Geschichte der BRD die Arbeit nieder. Ausgenommen waren Notstandsarbeiter, Angestellte und Lehrlinge.⁵

Die IG Metall hatte sich lange auf den Streik in Schleswig-Holstein vorbereitet. Sie hatte bereits 1954 beim Streik in Bayern eine Niederlage hinnehmen müssen. Aufgrund der negativen Ergebnisse und Erfahrungen⁶ in diesem Streik hatte sie eine neue Streiktaktik entwickelt, die „flexible Eskalation“. Der Streik in Schleswig-Holstein sollte ein Schwerpunktstreik sein, der seinen Ausgang auf den Werften nehmen und auf immer weitere Betriebe ausgedehnt werden sollte. Weiterhin sollte der Erfolg des Streiks durch die gewerkschaftliche Betreuung der Streikenden in ihrer Freizeit und durch die Einbeziehung und Information der Ehefrauen und Familien gewährleistet werden.

Der Organisationsgrad der Metallarbeiter in Schleswig-Holstein besonders in den Zentren der Werftindustrie, war sehr hoch. Im gesamten Tarifgebiet betrug er 71,9 % (Stand April 1956), von 62 366 Arbeitern waren 44 856 Mitglieder der IGM. Kiel-Eckernförde: rund 85 %; Flensburg-Westerland: rund 93 %; Lübeck: rund 68 %; Kiel und Flensburg stellten zusammen mehr als 55 % der Abstimmungsberechtigten im Streikgebiet. Eine geringe Organisationsdichte bestand im Westen und Süden des Landes: Elmshorn 51 %; Rendsburg 45,5 %. In fast allen Verwaltungsstellen existierte ein gut ausgebauter Vertrauensleutkörper.



Die verhältnismäßig geringe Zahl der in den Streik einbezogenen Arbeiter war für die IGM finanziell kein Problem, anders als bei einem Flächenstreik. Darüber hinaus war die öffentliche Wirkung größer, wenn Großbetriebe bestreikt wurden – zuerst Werften und Maschinenfabriken mit mehr als 1 000 Beschäftigten. Da in der Regel die Zahl der organisierten Arbeiter in Großbetrieben größer war, wurde gleichzeitig die Zahl der Streikbrecher gering gehalten. So gab es auf der Howaldtwerft bei rund 13 000 Arbeitern etwa 16 Streikbrecher. Außerdem blieben die Unternehmer bei diesem Vorgehen in Ungewißheit, wann ihr Betrieb in den Streik einbezogen wurde und wie das tatsächliche Kräfteverhältnis aussah. Für eine Ausweitung des Streiks auf nicht so gut organisierte Betriebe blieb weitere Zeit zur Vorbereitung.

Entsprechend dieser Taktik bezog die IG Metall immer weitere Betriebe in den Streik ein, bis zum Schluß in 13 Städten Schleswig-Holsteins rund 30 000 Arbeiter streikten: in Kiel, Lübeck, Eckernförde, Flensburg, Rendsburg, Neumünster, Mölln, Lauenburg, Wedel, Elmshorn, Lägerdorf, Itzehoe und Travemünde.



Von Lauenburg bis Flensburg fand der Streikaufruf der IG Metall hohe Zustimmung

Oben: das Streiklokal „Eschenkrug“ in Lauenburg. Unten: Streikposten in Flensburg



Der weitere Verlauf des Streiks

Seit Anfang Dezember versuchte der schleswig-holsteinische Ministerpräsident von Hassel, IG Metall und Arbeitgeber zu Verhandlungen zu bewegen. Da die Arbeitgeber jedoch von der Gewerkschaft vor Beginn der Gespräche die Aussetzung des Streiks verlangten, war die IG Metall zu weiteren Gesprächen nicht bereit. Daraufhin legte von Hassel seinerseits einen Vermittlungsvorschlag vor. Diesen Vorschlag bezeichnete die Streikleitung als unannehmbar, da zum einen die Forderung nach einem zusätzlichen Urlaubsgeld gar nicht aufgegriffen wurde und zum anderen in der Frage der Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle eine kommende gesetzliche Regelung als Grundlage vorgesehen war, von der man vor allem nicht wisse, „wie eine derartige gesetzliche Regelung aussehen wird“.⁷

Immerhin erreichte es von Hassel, daß beide Verhandlungspartner – IG Metall und Arbeitgeber – die Schlichtungsstelle unter dem Vorsitz des Kieler Arbeitsrechtlers Prof. Nikisch anriefen. Der von der Schlichtungsstelle am 31.12.1956 gegen die Stimmen der IG Metall angenommene Einigungsvorschlag erhielt keine Regelung der Karenztage, der für die Gewerkschaft den Kernpunkt darstellte. Dem Schlichtungsvorschlag entsprechend sollte dies einer parlamentarischen Entscheidung überlassen bleiben. Am 07.01.57 wurde dieser Vorschlag auf Empfehlung der Großen Tarifkommission der IG Metall in einer 2. Urabstimmung mit 97 Prozent abgelehnt.⁸

Dannach wurde der Streik erneut ausgeweitet bis er schließlich 30 000 Metaller einbezog.

Die 3. Urabstimmung

Nachdem eine Lösung in Schleswig-Holstein nicht in Sicht schien, schaltete sich Bundeskanzler Dr. Adenauer (CDU) ein. In Bonn fanden – wie es die IG Metall nannte – „*Informationsgespräche*“ statt. Obwohl sich die Gewerkschaften immer gegen eine staatliche „Einmischung“ gewandt hatten, stimmte die IG Metall diesem Vorgehen zu. Neue Verhandlungen unter dem Vorsitz des ehemaligen Arbeitsministers von Nordrhein-Westfalen, Ernst, wurden vereinbart, die mit dem sogenannten „Bonner-Abkommen“ endeten. Im „Bonner-Abkommen“ trafen die Tarifpartner hinsichtlich der Karenztage folgende Regelung: Bei einer Betriebszugehörigkeit von mehr als 3 Monaten und einer Krankheitsdauer von über 7 Tagen sollte künftig 1 Karenztag, bei einer Krankheitsdauer von über 2 Wochen sollten 3 Karenztage mit dem Netto-Arbeitsverdienst voll bezahlt werden. Die Bezugsdauer für den Lohnausgleich sollte im Krankheitsfalle zukünftig bei einer Betriebszugehörigkeit von 3 Monaten bis 3 Jahren für 21 Kalendertage, bei über 3 Jahren für 28 Kalendertage in jedem Kalenderjahr betragen. Die Höhe des Lohnausgleichs wurde auf 90 Prozent des Nettolohnes festgelegt. Auch in den Punkten Urlaubsverlängerung und Urlaubsvergütung konnten aus Sicht der IG Metall Verbesserungen erzielt werden.

Am 30.01.1957 wurde das „Bonner-Abkommen“ zur Urabstimmung vorgelegt. Vorausgegangen waren heftige Auseinandersetzungen innerhalb der IG Metall. Die Streikleitung und

⁷ Streik-Nachrichten Nr. 36 vom 14. 12. 1956, S. 1.

⁸ Vgl. die Kommentierung der Streik-Nachrichten Nr. 50 vom 9. 1. 1957, S. 1.

die Große Tarifkommission empfahlen die Annahme mit einer knappen Mehrheit von 32 zu 30 Stimmen.

Die IG Metall mobilisierte für die Annahme: Die Streik-Nachrichten berichteten in einer Sondernummer (26.01.57) über das Bonner Verhandlungsergebnis. In der darauf folgenden Ausgabe der Streiknachrichten erschien ein Artikel unter der Überschrift „Erfolg gewerkschaftlicher Kraft“, der mit dem Aufruf endete:

„Folgt dieser Empfehlung Eurer Organisation. Weist alle Einmischungsversuche außerhalb der IG Metall stehender politischer Kräfte zurück. Beendet diesen großen Arbeitskampf ebenso einheitlich und geschlossen, wie Ihr ihn begonnen und fast 14 Wochen hindurch geführt habt! Macht die Urabstimmung zu einer erneuten mächtigen Demonstration gewerkschaftlicher Einheit, Geschlossenheit und Kraft!“⁹

Aufgrund der Bedeutung dieser Urabstimmung – und wohl auch aufgrund der z. T. weitaus negativeren Einschätzung des Bonner Verhandlungsergebnisses durch die Streikenden – wandte sich Otto Brenner, Vorsitzender der IG Metall, selbst an die Metaller und propagierte den „großen sozialen Fortschritt“:

„Ihr habt nun das letzte Wort zur Entscheidung über Annahme oder Ablehnung in der Urabstimmung. Wir sind der Meinung, daß der vereinbarte Lohnausgleich für Arbeiter bei Krankheiten und Unfällen ein wesentlicher Beitrag zu der sozialen Gleichstellung der Arbeitnehmer ist. Viele, auch in unseren eigenen Reihen mögen heute noch nicht die Bedeutung des Durchbruches erkennen. Aber es wird die Zeit kommen, in der der große Streik der Metallarbeiter in Schleswig-Holstein als die Ursache einer schnelleren Entwicklung zur gesellschaftlichen Gleichberechtigung der Arbeiter anerkannt wird. . . .“

Für Eure gewerkschaftliche Haltung und Solidarität in den 14 Wochen des Streiks danke ich Euch und hoffe, daß der Streik genauso geschlossen beendet wird, wie er vor 14 Wochen begann.“¹⁰

Obwohl Gewerkschafts- und Streikleitung umfassend für eine Annahme des Verhandlungsergebnisses eintraten, schätzte die Mehrheit der Streikenden das Ergebnis anders ein. Auf den Streikversammlungen und auf den Versammlungen mittlerer Funktionäre war die Rede von „Verrat“ und „Umfällen der Führung“. Das Ergebnis stelle nicht die Gleichbehandlung mit den Angestellten dar. Nach tumultartigen Auseinandersetzungen auf einer Versammlung von 500 Funktionären der IG Metall wurden alle weiteren Großveranstaltungen dieser Art von der Gewerkschaft abgesagt. Gegenversammlungen wurden von den Streikenden organisiert, selbstgefertigte Plakate mit den Parolen „Durchhalten“, „Wir streiken weiter“ ausgehängt.

So wurde zum ersten Mal während des Streiks deutlich, daß die Streik- und Gewerkschaftsführung die Kampfentschlossenheit der streikenden Arbeiter unterschätzten.

An der Urabstimmung am 30.01.1957 nahmen 29 488 Stimmberechtigte teil, davon stimmten 76,24 Prozent gegen, 21,43

⁹ Streik-Nachrichten Nr. 64 vom 28. 1. 1957, S. 1.

¹⁰ Streik-Nachrichten Nr. 65 vom 29. 1. 1957, S. 1.

ELF WOCHEN KAMPF

11 Wochen Kampf und noch kein Ende
11 Wochen Streik und keine Wende
11 Wochen stehen wir zusammen —
Mag uns der Gegner auch verdammen
Wir gehen in die nächsten Wochen
Im gleichen Geist und ungebrochen
Wenn Arbeitgeber sich bescheiden
Ließ dieser Streik sich leicht vermeiden.

Wir gehen in die zweite Runde
Wir geben heute offen Kunde
Was uns der Schiedsspruch hat beschert
Das finden alle unerhört.
Der Lohnempfänger große Masse
Will sein nicht Bürger II. Klasse.
Es geht beim Streik, das wollen alle,
Um Lohnausgleich im Krankheitsfalle.

Wer hat in der vergangen Zeit
Dem Aufbau alle Kraft geweiht,
Wer hat aus Not und dunkler Nacht
Das Wirtschaftswunder in Gang gebracht?
Wir haben uns dafür geplagt,
Sie uns das Urlaubsgeld versagt.
„Genießt die Schönheit dieser Welt
Durch ein erkämpftes Urlaubsgeld!“

Kollegenwille muß es sein:
Zum Schiedsspruch nur ein klares Nein.
Zusammenstehn in Rat und Tat,
Bis man uns mehr zu bieten hat.
Verbunden muß es uns gelingen,
Den Lohnausgleich nach Haus zu bringen.

Ziel aller Metallarbeiter
Ist ein Leben hell und heiter.
Allen Arbeit ohne Bürde,
Jedem seine Menschenwürde,
Rechter Lohn, Kultur wie Brot
Und ein Alter ohne Not.

Julius Bredenbeck

Aus: Streiknachrichten, 21. 12. 1956

Prozent für die Annahme. Besonders hoch war der Anteil der Gegenstimmen in Flensburg (91,9 Prozent), in Kiel (81 Prozent) und in Lübeck (77 Prozent). Das Ergebnis der Urabstimmung wurde am 31.01. in einer Sonderausgabe der Streik-Nachrichten bekanntgegeben ohne eine konkretere Aufschlüsselung der Abstimmungsergebnisse nach Orten und endete mit dem Hinweis: „Die zuständigen Gremien der IG Metall werden sich umgehend mit diesem Ergebnis befassen.“¹¹

Am darauf folgenden Tag erklärte der Vorstand der IG Metall unter der Überschrift „Der Streik geht weiter“:

„Das Ergebnis der Urabstimmung der streikenden Metallarbeiter Schleswig-Holsteins ist eine erneute und eindringliche Mahnung an alle für die sozialen und politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik Verantwortlichen. Wenn nach einem 14wöchigen Arbeitskampf – der für Tausende von Arbeitern und ihre Familien trotz aller solidarischen und wirtschaftlichen Hilfe Not und Entbehrung bedeutet – von den Streikenden das vorliegende Verhandlungsergebnis in geheimer Abstimmung mit einer Mehrheit von 76,2 Prozent abgelehnt wird, dann zeigt dies, wie eindringlich eine echte und durchgreifende Besserung der sozialen Verhältnisse ist.

...
Der Vorstand der IG Metall respektiert das einwandfrei demokratisch zustandegekommene Abstimmungsresultat. Er wird so wie bisher auch weiterhin den Streikenden seine solidarische Hilfe zuteil werden lassen und die Öffentlichkeit und die Bedeutung des Arbeitskampfes in Schleswig-Holstein für den sozialen Fortschritt aufklären.

Gleichzeitig erklärt der Vorstand, daß die IG Metall bereit ist, unverzüglich in neue Verhandlungen mit den Arbeitgeberverbänden einzutreten. Zu diesem Zwecke soll die zwischen den Tarifparteien vereinbarte freiwillige Schlichtungsstelle angerufen werden. . . .“¹²

Dieser Beschluß verdeutlicht, in welcher schwieriger Situation sich der Vorstand der IG Metall nach der Ablehnung des Verhandlungsergebnisses durch die Streikenden befand. Der Vorstand der IG Metall mußte entscheiden, ob er sich wieder an die Spitze des Streiks stellen und wie er dann mit dem eigenen – in der Tarifkommission mehrheitlich gefaßten – Wunsch nach Beendigung des Streiks und dem Willen der Streikenden nach Fortsetzung verfahren sollte.

In dieser Frage entschied sich der Vorstand der IG Metall für den „Mittelweg“: Einerseits übernahm die Gewerkschaft wieder die Streikführung, andererseits wollte sie durch die unmittelbare Aufnahme weiterer Verhandlungen möglichst bald zu einem mehrheitsfähigen Verhandlungsergebnis beitragen.

Das Verhalten der Gewerkschafts- und Streikleitung im weiteren Verlauf des Streiks war somit auch auf dieses Ziel – Annahme eines Kompromißvorschlages – ausgerichtet. Nach der 3. Urabstimmung erfolgte keine weitere Ausweitung des Streiks, Film- und sonstige kulturelle Veranstaltungen fanden nicht mehr statt. Stattdessen wurde der bisher durch den Streik erreichte Erfolg in den Streik-Nachrichten und Streikversamm-

¹¹ Streik-Nachrichten Nr. 67 vom 31. 1. 1957, Sonderausgabe.

¹² Streik-Nachrichten Nr. 68 vom 1. 2. 1957, S. 1.

lungen hervorgehoben und bei noch einigen Verbesserungen in der Frage der Karenztage das Ende des Streiks propagiert.

Die allgemeine Reaktion der bundesdeutschen Presse zu dem Urabstimmungsergebnis läßt sich schon aus den Schlagzeilen ablesen: „*Staatlicher Notstand*“, „*Maßlosigkeit*“, „*Streikrecht gerät in Krise*“ etc. Die IG Metall sah sich – nicht zum ersten Mal – dem Vorwurf gegenübergestellt, die Arbeiter aufgehetzt zu haben. Aufgrund der Höhe der Streikunterstützung habe ohnehin kein Arbeiter mehr Lust zum Arbeiten.

Nachdem die IG Metall einseitig die Schlichtungsstelle angerufen hatte, begannen die Verhandlungen am 8. 2. 1957 in Kiel, wiederum unter dem Vorsitz des ehemaligen Arbeitsministers Ernst. Weitere Verbesserungen in den Punkten Lohnfortzahlung und Karenztage konnte die IG Metall erreichen.

- *„Die bisher vorgesehene Wartezeit von sieben Kalendertagen, ehe der Lohnausgleich bei Krankheit bezahlt wird, fällt künftig weg. Das bedeutet, daß der Arbeiter vom vierten Krankheitstage ab den Ausgleich zwischen dem Krankengeld der Krankenkasse und 90 Prozent des Nettolohnes erhält.*
- *Während noch auf Grund des Bonner Verhandlungsergebnisses sowohl für den Lohnausgleich als auch für die Bezahlung der Karenztage eine mindestens dreimonatige Betriebszugehörigkeit Voraussetzung war, ist diese nun auf die vierwöchige Probezeit verkürzt worden. Ein Arbeiter, der diese im Tarifvertrag festgelegte Probezeit hinter sich hat, besitzt künftig also schon den Anspruch auf Lohnausgleich bzw. Bezahlung der Karenztage im Krankheitsfall.*
- *Bei jedem Arbeitsunfall werden in Zukunft die Karenztage voll bezahlt, und zwar unabhängig von der Dauer der dadurch verursachten Arbeitsunfähigkeit. Nach dem Verhandlungsergebnis von Bonn sollte demgegenüber bei einer Arbeitsunfähigkeit durch Unfall bis zur Dauer von drei Wochen ein Karenztag bezahlt werden, während die volle Vergütung der Karenztage erst bei einer längeren Arbeitsunfähigkeit erfolgen sollte.*
- *Auch die Bezahlung der Karenztage im Krankheitsfall ist in dem Einigungsvorschlag der Schlichtungsstelle weiter verbessert worden. Bei einer Krankheitsdauer zwischen sieben und vierzehn Tagen werden künftig vom Unternehmer 50 Prozent – bisher 33 Prozent – des infolge der Krankheit ausgefallenen Nettolohnes bezahlt. Bei einer Krankheitsdauer von mehr als zwei Wochen erfolgt volle Bezahlung der drei Karenztage. Diese Regelung gilt in jedem Krankheitsfalle.“¹³*

Zur Vorbereitung auf die 4. Urabstimmung versuchte die IG Metall auch bundesweit alle Kräfte zu mobilisieren. Große Kundgebungen fanden nicht statt, auf vielen kleinen Veranstaltungen sprachen sich die Redner der IG Metall und der Streikleitung für eine Annahme aus. Die Vergabe von Sonderzuwendungen an die Streikenden unterblieb bzw. ihre Aufhebung wurde angekündigt.

An der Urabstimmung vom 9. 2. 1957 nahmen 29 246 Arbei-

4. Urabstimmung und Beendigung des Streiks

¹³ Streik-Nachrichten Nr. 75 vom 10. 2. 1957, S. 1.

STREIK-

Kiel, 14. Februar 1957

Nr. 79

Nachrichten

Herausgegeben von der IG Metall; Bezirksleitung Hamburg — Druck: Haase Druck GmbH.

Das Ergebnis der Urabstimmung

Die Urabstimmung der schleswig-holsteinischen Metallarbeiter über den Schlichtungsvorschlag vom 9. 2. 1957 erbrachte folgendes Resultat:

Abstimmungsberechtigt:	29 346
Wahlbeteiligung:	28 697 (97,78 %)
Für Annahme:	11 641 (39,66 %)
Für Ablehnung:	16 922 (57,66 %)
Ungültige Stimmen:	134 (0,46 %)
Nicht abgestimmt:	649 (2,22 %)

Damit ist der Schlichtungsvorschlag von den streikenden Metallarbeitern angenommen.

Alle im Ausstand befindlichen Kolleginnen und Kollegen werden aufgefordert, sich am Donnerstag, zwischen 16 und 19 Uhr in ihrem Streiklokal zu melden.

ter/innen teil, davon sprachen sich nur 39,66 Prozent für eine Annahme des Verhandlungsergebnisses aus, über 57 Prozent votierten dagegen. Da für eine Fortsetzung des Streiks mehr als 75 Prozent der Stimmen erforderlich waren, war mit diesem Abstimmungsergebnis der Streik beendet. Bemerkenswert ist trotzdem der relativ hohe Anteil von Gegenstimmen. Besonders groß war – wie bei der 3. Urabstimmung – der Widerstand gegen die Annahme des Verhandlungsergebnisses in Flensburg und Kiel.

Mit dieser Abstimmung war der bis heute längste Streik (114 Tage) in der Geschichte der Bundesrepublik beendet, die Arbeit wurde am 15. 2. 1957 wieder aufgenommen.

Julius Bredenbeck, von 1955 bis 1960 Sekretär für Bildungs- und Angestelltenarbeit bei der Ortsverwaltung der IG Metall Kiel, und einige seiner Kollegen stellten Überlegungen an, wie sie die arbeitsfreie Zeit der streikenden Kollegen ausfüllen könnten.

„Wir mieteten in Kiel 6 Kinos für eine relativ geringe Summe. Dort fanden Tagesvorstellungen statt. Für uns war es wichtig, daß jeden Morgen ein Mitglied der Streikleitung den Kollegen genehmigte ‚Streikparolen‘ vortrug.“¹⁴

Die IG Metall legte auf die Feststellung der Streikfront großen Wert. Dabei gab es sicherlich lokale Unterschiede. In den größeren Städten, besonders in Kiel, fanden erheblich mehr Veranstaltungen statt als in den kleineren Orten. Dies konnte insgesamt nur durch die gute Zusammenarbeit von hauptamtlichen und ehrenamtlichen Mitarbeitern erreicht werden, die gleichzeitig zu einem Abbau von Ressentiments führte. Streikrevuen wurden durchgeführt, wie z. B. am 31. Oktober 1956 in der Kieler Ostseehalle, ebenso Schachturniere, Skatturniere

¹⁴ Interview mit Julius Bredenbeck vom Nov. 1986.

Streikalltag

Große Streikrevue in der Ostseehalle Kiel



und kostenlose Kinoveranstaltungen. Diese Maßnahmen trugen auch zu einer weiteren Popularisierung der Streikforderungen in der Öffentlichkeit bei.

Insbesondere sollten auch Frauen und Kinder der Streikenden angesprochen und betreut werden: Spezielle Hausfrauen-nachmittage und Kinder- und Jugendveranstaltungen wurden angeboten. Bezirksleiter Herbert Sührig verschickte „Hausfrauenbriefe“ zur kontinuierlichen Information der Ehefrauen der Streikenden. Eigenständige Aktionen der Ehefrauen, wie sie heute bei Streiks und im Kampf um Arbeitsplätze durchgeführt werden, gab es allerdings nicht.

Die Frauengruppe der IG Metall veranstaltete während des Streiks eine Modenschau für Metallarbeiterfamilien. Nach den entbehrungsreichen Nachkriegsjahren bildete sich bei vielen Arbeiterfamilien der Wunsch aus die Notbekleidung der Jahre nach dem 2. Weltkrieg abzulegen. Im Zeichen des „Wirtschaftswunders“ wuchs nun auch das Interesse an modischer Garderobe



An Streikunterstützung erhielten ca. 60 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder zwischen 40,- und 60,-DM wöchentlich, etwa 29 Prozent bis zu 20,-DM und etwa 11 Prozent zwischen 60,- und 100,-DM. Zusätzlich bekamen die Streikenden Sonderzuwendungen: Mietzuschüsse, verbilligtes Mittagessen, Lebensmittelkarten, Kleiderspenden etc. Mit diesen Sonderzuwendungen erreichten sie ca. 70–80 Prozent der Net-



Auch das gehörte zum Streik: An vielen Vormittagen wurden in den Kinos Sondervorstellungen für Metallarbeiterfamilien gegeben. Hier in Kiel.

toeinkünfte. Die Höhe der Streikunterstützung richtete sich nach der Dauer der Mitgliedschaft in der IG Metall, den Familienverhältnissen und der Höhe der Beiträge. Für die Mitglieder, die noch keine 13 Wochen Mitglieder waren und daher eigentlich satzungsgemäß keine Streikunterstützung hätten erhalten können, wurden Sonderregelungen getroffen. Aufgrund dieser Regelung traten noch kurz vor Streikbeginn Arbeiter in die IG Metall ein.

Finanzielle Verpflichtungen, Ratenzahlungen und andere Schulforderungen wurden einerseits durch die Kreditübernahme der Bank für Gemeinwirtschaft gelöst (Rückzahlung 2 Monate nach Streikende), andererseits wurden Schulden bei Einzelhändlern durch Barkredite der Verwaltungsstellen aufgefangen. Die Übernahme der Zahlungen an die Krankenkasse durch die Beiträge der Gewerkschaft wurde auch bei den Betriebskrankenkassen erreicht.

Es gab eine Reihe von Arbeitern, die ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten mußten, da sie nicht in der IG Metall organisiert waren und keine Streikunterstützung erhielten. Diese unorganisierten Arbeiter konnten mit ihren Familien die Zeit des Streiks nur überstehen, weil sie von ihren Angehörigen Hilfe erhielten bzw. Gelegenheitsjobs übernahmen.

Ein absolutes Novum waren die Weihnachtsfeiern, die während des Streiks stattfanden.

Julius Bredenbeck erinnert sich:

„Es fanden weit über 10 Streik-Weihnachtsfeiern allein in Kiel statt: In allen Stadtteilen wurden Weihnachtsfeiern durchgeführt. Ich hatte die Idee, daß bei jeder Weihnachtsfeier die Weihnachtsbotschaft von einem Pastor verlesen werden sollte. Dagegen gab es Einsprüche von vielen Kollegen.

Der 1. Vorsitzende Otto Brenner fragte mich: ‚Was sollen denn die Pfarrer bei uns? Was haben sie mit dem Streik zu tun?‘ Ich antwortete darauf: ‚96 Prozent unserer Kollegen sind Mitglieder der evangelischen Landeskirche. Ob sie zur Kirche ge-

hen oder nicht: Sie sind Mitglieder. Es gehört zu den Obliegenheiten der Seelsorger, Menschen zu betreuen. Und eine ungewöhnliche Situation ist ein Streik und eine Streikweihnachtsfeier. Und da verträgt es sich schon gut, wenn überall – ohne weiteren Kommentar – die Lukas-Weihnachtsgeschichte verlesen wird – von einem Pfarrer. Selbstverständlich spricht dann ebenfalls ein Gewerkschaftssekretär.

In Kiel fand eine besonders eindrucksvolle Weihnachtsfeier im großen Saal des Gewerkschaftshauses statt, die auch im Fernsehen übertragen wurde: Es sprachen der Probst Sonntag und der Gewerkschaftssekretär Bredenbeck.¹⁵

Der Bundesvorstand des DGB verteilte an die Kieler Metallarbeiter mehr als 14 000 Weihnachtspakete. Der Ortsausschuß Kiel überreichte den Kindern der Streikenden 12 600 Weihnachtstüten, und 40 Kinder streikender Kollegen kamen in den Genuß eines kostenlosen Erholungsaufenthaltes im Franz-Spliedt-Heim in Lütjensee. Ledige Kollegen erhielten während des Streiks vom Ortsausschuß ein Mittagessen für 0,30 DM, außerdem einen Gutschein über 12,-DM und ein Weihnachtsgeld von 25,-DM. Verheiratete bekamen einen Gutschein von 15,-DM und ein Weihnachtsgeld von 30,-DM und für jedes Kind zusätzlich 5,-DM.

Aus allen Gebieten der Bundesrepublik sandten Metallarbeiter ihren Kollegen nach Schleswig-Holstein Solidaritätsbeweise: Geld, Kleidung, Kinderspielzeug, Pakete. Besonders eindrucksvoll waren die Paketaktionen der Verwaltungsstellen in Wetzlar, Kassel und Mannheim: Allein die Mannheimer Metallarbeiter schickten 2000 Pakete.

„Meine Kinder haben mir später immer wieder gesagt, daß das Weihnachtsfest 1956 für sie das schönste Weihnachten gewesen ist, daß sie je mit ihren Eltern erlebt haben“, erzählt Gustav Dreyer, als er jetzt, im Dezember 1986 vom Fenster im dritten Stock des Flensburger Gewerkschaftshauses die bunten Buden und Stände unten auf dem weihnachtlichen Südermarkt betrachtet. Das Treiben auf dem Markt ruft in dem Rentner Erinnerung-

Weihnachtsgeschenke im Streikwinter:
Der DGB verteilt in Kiel Pakete für
Metallarbeiterfamilien



¹⁵ Interview mit Julius Bredenbeck vom Nov. 1986.

gen an den Streik vor 30 Jahren wach. Klar, denn ‚Genau hier, wo ich jetzt sitze‘, sagte er, ‚habe ich damals gewohnt. Mit meiner Familie in einer kleinen Zwei-Zimmer-Wohnung. Später wurde an gleicher Stelle das Gewerkschaftshaus gebaut.‘¹⁶

Bemerkenswert war auch eine andere Aktion der IG Metall.

Julius Bredenbeck:

„Die Kieler Howaldtswerft (HDW) kann man natürlich auch von der Hafenseite aus erreichen – kein Problem. Und wenn man Streikbrecher hat – und man hat ja versucht, Streikbrecher zu finden – dann kann man sie mit der Barkasse hinüberfahren.

Das wußten wir natürlich auch. Wir hatten einen Kollegen, der eine eigene Barkasse hatte. Ich fragte ihn: ‚Stellst du uns deine Barkasse zur Verfügung? Du bekommst selbstverständlich den Treibstoff bezahlt und auch eine kleine Entschädigung von uns, aber wir müssen einige Umbauten vornehmen. Es muß z. B. ein sehr großes Schild angebracht werden: ‚Streikleitung Hafen‘.

Er sagte zu. Aber die Hafenleitung der Stadt Kiel war damit nicht einverstanden. Sie betonte: ‚Wir sind ein internationaler Hafen, und hier entsteht der Eindruck, als ob der Kieler Hafen streike. Das können wir nicht genehmigen.‘

Wir haben dann Verhandlungen geführt, und die Aufschrift des Schildes wurde geändert in: ‚Streikleitung IG Metall Kiel‘.

Ich habe dann sofort Bilder aufgenommen, und die Journalisten, die bereits da waren, haben mir die Fotos aus den Händen gerissen. Sogar im Ausland erschien das Bild der Barkasse: Beispielsweise in italienischen Zeitungen, sogar in einer südamerikanischen Zeitung ist das Bild veröffentlicht worden.“¹⁷

¹⁶ Hermsdorf, V., in: Metall, 19. 12. 1986, S. 12.

¹⁷ Interview mit Julius Bredenbeck vom Nov. 1986.



Erstmals bei einem Streik gab die zentrale Streikleitung Streik-Nachrichten heraus. Für die Redaktion verantwortlich waren Heinz Ruhнау von der Bezirksleitung der IG Metall und Julius Bredenbeck von der Verwaltungsstelle Kiel. Gedruckt wurden die Streik-Nachrichten in der Druckerei der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ in Kiel und in Zusammenarbeit mit der Verwaltungsstelle Kiel der IG Metall in die einzelnen Landesteile verschickt.¹⁸

H. Ruhнау und J. Bredenbeck nahmen an den Sitzungen der zentralen Streikleitung teil, um insgesamt über die Lage im Streikgebiet informiert zu sein. An den einzelnen Orten erfolgte die Verteilung der Streik-Nachrichten über die verschiedenen Meldestellen. Darüber hinaus wurden die Streik-Nachrichten auch an Arbeitnehmer/innen vor den Betrieben verteilt, die noch nicht im Streik standen. Dies hat sicherlich mit dazu beigetragen, daß sich in diesen Betrieben die Belegschaften mit den Streikenden solidarisierten und sich weigerten, Streikbrucharbeiten durchzuführen. Über die Verwaltungsstellen der Bezirke, die nicht in den Streik einbezogen waren, erhielten die Funktionäre der IG Metall auf Bundesebene ebenfalls die Streik-Nachrichten zur Information.¹⁹

In erster Linie dienten die Streik-Nachrichten allerdings zur Information der Streikenden und ihrer Familien. Täglich wurde über die Entwicklung des Streiks und die Stimmung in den bestreikten Betrieben berichtet. Da die Streik-Nachrichten ein Organ der zentralen Streikleitung und der Großen Tarifkommission waren, spiegelten sie die Einschätzung der Streiklage in diesen Gremien wider. Daher dienten die Berichte in den Streik-Nachrichten anfangs vor allem dazu, die Streikenden und ihre Familien für den Streik zu gewinnen und zu mobilisieren, während vor der 3. Urabstimmung Ende Januar 1957 die Streik-Nachrichten massiv dazu eingesetzt wurden, die Streikenden zur Annahme des Verhandlungsergebnisses zu bewegen. Direkt nach der Ablehnung des „Bonner Abkommens“ in der 3. Urabstimmung wurden in den Streik-Nachrichten Äußerungen von Metallarbeitern veröffentlicht, in denen einerseits in der Regel der bisherige Erfolg des Streiks unterstrichen, aber auch die Gründe für die Ablehnung betont wurden, andererseits der Gewerkschaftsführung und Streikleitung das Vertrauen ausgesprochen wurde.

So wurde z. B. in den Streik-Nachrichten Nr. 71 vom 6. 2. 1957, S. 3 ein „Flensburger Werftarbeiter“ zitiert:

„... Es war ja nun nicht gerade schön von Euch, daß ihr nur die Vorteile, aber nicht auch die Nachteile dieser Vereinbarung beschrieben habt, und gerade deshalb waren wir auch verärgert. Denn das waren wir von Euch nicht gewöhnt. Denn Nachteile hatten die Bonner Vereinbarungen, darüber sind wir uns doch einig.

Ich muß allerdings sagen, daß diese Nachteile, je länger ich darüber nachdenke, nicht so groß sind, wie ich im ersten Moment annahm. Und ich glaube, jeder wird mir recht geben, wenn ich sage, daß nach gründlicher Überlegung Ihr wirklich nicht Unrecht hattet, als Ihr schrieht, daß der Bonner Vertrag einen

¹⁸ Vgl. Dokumentation S. 66.

¹⁹ Vgl. Dokumentation S. 141.

STREIK-

Nachrichten

Herausgegeben von der IG Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Bezirksleitung Hamburg

Unser Kampf geht weiter

Die Unternehmer der schleswig-holsteinischen Metallindustrie wollen den Kampf. Sie wollen eine weitere Fortdauer des Streikes. Daran kann es jetzt nicht mehr den geringsten Zweifel geben. Auch nicht in denjenigen Kreisen, die bisher noch nicht unserer schon lange gewonnenen Erkenntnis zu folgen bereit waren, daß der Ausstand in der Metallindustrie des nördlichsten Bundeslandes von den Arbeitgebern als Machtkampf provoziert wurde; daß es in Wirklichkeit den Metallindustriellen – nicht der IG Metall – darum geht, in dem Landstrich von Flensburg bis vor die Tore Hamburgs einen „Modellfall“ durchzuziehen.

Allein den Unternehmern fällt die Verantwortung für den Arbeitskampf in der schleswig-holsteinischen Metallindustrie zu. Das zeigte schon ihre Haltung während der Verhandlungen über den Neuabschluß eines Manteltarifes. Das zeigte ihr brutales „Nein“ zu den berechtigten und erfüllbaren Forderungen der Metallarbeiter.

Das zeigt nicht zuletzt das Verhalten der schleswig-holsteinischen Metallunternehmer seit Streikbeginn. Sie mißachteten den eindeutig an ihre Adresse gerichteten Appell des Landtages von Schleswig-Holstein. Sie brükierten den Ministerpräsidenten Kai-Uwe von Hassel, der in getrennten Gesprächen mit beiden Tarifparteien versuchte, die Voraussetzungen für die Aufnahme echter Verhandlungen zu schaffen.

Und sie haben mit ihrer Erklärung vom Dienstagabend bewiesen, daß die Scharfmacher in den Reihen der Unternehmer nach wie vor die Oberhand haben; daß ihnen die Führung des von den Arbeitgeber-Dachorganisationen angeordneten Klassenkampfes von oben wichtiger ist als die sozialen und wirtschaftlichen Belange des Landes Schleswig-Holstein und der hier lebenden Menschen; daß es dem Unternehmertum ausschließlich darum geht, das Rad des sozialen Fortschrittes in der Bundesrepublik aufzuhalten, wenn nicht gar zurückzudrehen.

Das wird den Unternehmern aber nicht gelingen; weder in Schleswig-Holstein noch in einem anderen Teil des Bundesgebietes.

Die IG Metall hat zwar seit Beginn des Ausstandes immer wieder betont, daß der Streik das äußerste gewerkschaftliche Kampfmittel ist und kein Selbstzweck. Sie ist jederzeit – auch heute – zu Verhandlungen mit den Arbeitgebern der schleswig-holsteinischen Metallindustrie bereit,

sofern keine unzumutbaren Vorbedingungen gestellt werden.

Aber die IG Metall läßt auch keinen Zweifel daran, daß sie auf jede Provokation der Unternehmer nur noch härter zurückschlagen wird. Wenn die Unternehmer einen noch längeren und schärferen Arbeitskampf wollen, so sollen sie ihn haben. Daß hinter den Metallarbeitern Schleswig-Holsteins die Arbeitnehmer der Metallindustrie im ganzen Bundesgebiet und die gesamte Gewerkschaftsbewegung stehen, das sollte mittlerweile auch dem letzten Unternehmer klar geworden sein.

Großkundgebungen

Die schleswig-holsteinischen Metallindustriellen wollen die Fortsetzung des Streikes.

Gestalten wir deshalb die heute und morgen in den Streikschwerpunkten stattfindenden

Großkundgebungen

zu einer machtvollen Demonstration gewerkschaftlicher Kraft und Geschlossenheit.

Die Kundgebungen finden statt in

Kiel am 6. Dezember, 17 Uhr, auf dem Rathausplatz; es spricht der 2. Vorsitzende der IG Metall, Kollege Alois Wöhrl;

Flensburg am 6. Dezember, 17 Uhr, im „Deutschen Haus“; es spricht Kollege Fritz Salm, Vorstandsmitglied der IG Metall;

Lübeck am 7. Dezember, 18 Uhr, auf dem Marktplatz; es spricht Koll. Fritz Salm.

Rendsburg am 7. Dezember 18 Uhr, in der Nordmarkhalle; es spricht Kollege Carl Deibicht, Vorstandsmitglied der IG Metall.



Entsetzliche-Vision: Eine Arbeiterfamilie in Urlaub



Karikatur der IG Metall zum Thema „Unternehmerwünsche“ (aus: Streiknachrichten, 9. 1. 57)

Unten und rechte Seite: Karikaturen aus den Streiknachrichten, 27. 12. 56

großen Schritt auf dem Wege zur sozialen Gleichstellung der Arbeiter bedeute. Daß dieser große Schritt uns nach vierzehn Wochen Streik eben als noch nicht groß genug erschien, ist – so glaube ich jedenfalls – ebenfalls verständlich. Er wäre uns bestimmt groß genug erschienen, davon bin ich überzeugt, wenn der Lohnausgleich nicht erst nach sieben Tagen Wartezeit eintreten sollte und wenn die Bezahlung der Karenztage besser geregelt gewesen wäre.“

Und in den Streik-Nachrichten Nr. 70 vom 5. 2. 1957, S. 2:

„Seid davon überzeugt, daß wir alle – da könnt ihr jeden Kollegen fragen und der sagt das gleiche – genauso fest wie bisher zu unserer Organisation stehen. Wir wissen doch, daß unsere führenden Funktionäre uns nicht aus irgendeiner Laune heraus die Annahme empfohlen haben. Im Gegenteil, sie haben an unsere bisherigen und an die eventuellen weiteren Opfer gedacht, die wir trotz der guten Streikunterstützung und der Solidarität zu bringen hatten und daran, daß das Bonner Ergebnis wirklich ein Erfolg war. Wir haben nun gegen die Empfehlung entschieden; die Gründe kennt ihr ja, und die Entscheidung wird respektiert. Das kann ja auch gar nicht anders sein.“

Neben den wichtigen aktuellen politischen Informationen zum Streik gab es andere regelmäßige Rubriken in den Streik-Nachrichten, in denen in anderer Form (als Reportage oder Interview) auf die Ziele des Streiks orientiert wurde bzw. die Bereitschaft zum Arbeitskampf gestärkt werden sollte: „De een und de anner“, „Hein Mück“, die „Geschichte(n) von Groß und Klein“, Berichte über Streiks und Arbeitsbedingungen in anderen Ländern bzw. in der Vergangenheit (bis hin zum Altertum). Regelmäßig wurden auch Interviews oder Berichte von Ehefrauen bzw. über die Haltung der Ehefrauen der Streikenden veröffentlicht.

Dabei wurden besonders in den Karikaturen der Streik-Nachrichten die Arbeitgeber als „raffgierige Fabrikherren“



De een un de anner

„Du“, seggt de anner to den een, un de een, dat bün ick. „Du“, seggt de anner un singt dorbi: ‚O Tannebaum, o Tannebaum!‘“

Ick segg: „Wat is denn mit di los?“



„Wieso“, seggt de anner, „nu is bald Wienachen, un denn kann ick doch mol 'n schönes dütsches Leed sing.“

Ick segg: „Du hess di wol op dien Gutschien wat Verkehrtes holt, wat?“

„Wieso“, seggt de anner, „dat blivt jo jeden överloten, wat he sick op den Gutschien holn deiht. Ober ick meen, so trurich bruks Wienachen dütt Johr gor ni to sien.“

Ick segg: „Trurich ni. Ober erns un gefass.“

„Wieso“, seggt de anner, „mi kümmt dat gans goht to Pass, dat ick twüschen

Wienachen un Niejohr ni noh de Arbeit mutt.“

Ick segg: „Du büss mi jo 'n vergnögten Kerl. Anner Lüüd schnackt vun Kampf un Opfer, un di kümmt dat to Pass. Ne, mien Jung, so wie du di dat denks, so süht dat jo nu ni ut. Dat wi dütt Johr 'n Streik-Wienachen fiert, dor hebbt de Unnernehmers de Schult to, dat se ni unse bescheidene Forderung op Gesundheit erfülln doht. Ick segg immer, mientwegen kann dat bis Ostern oder Pingssen gohn, wi holt dörch. Ober Wienachen is dat Fest vun de Freude un vun Frieden op Erden un de Minschen ein Wohlgefallen. Dor süllt sick mache Lüüd mol 'n Schiev vun avschnieden un öber nohdenken, wenn se ‚O Tannebaum‘ singen doht.“

„Wenn du dat so seggs“, seggt de anner.

Ick segg: „Ick segg dat ni so. Ick segg dat, wie dat is!“

dargestellt, die den Arbeitern und ihren Familien nichts gönnen und im eigenen Interesse ihren „Herr-im-Hause-Standpunkt“ durchsetzen wollten.²⁰

Aus dem ganzen Bundesgebiet wie auch aus anderen Ländern kamen Solidaritätstelegramme oder Solidaritätsspenden. So schrieben z. B. die Essener Krupp-Arbeiter:

„Wir Arbeiter der Krupp-Werke in Essen haben erkannt, daß Ihr im Interesse aller Metallarbeiter in der Bundesrepublik handelt. Wir erklären uns mit Euch solidarisch. Gebt den Streik nicht früher auf, bevor nicht die Forderungen erfüllt sind...“²¹

Doch es wurden nicht nur Solidaritätstelegramme verabschiedet, sondern z. T. auch Beschlüsse gefaßt, bei Nichterfüllung der Forderungen in einen Solidaritätsstreik zu treten.

Viele Geld- und Sachspenden, besonders zu Weihnachten, wurden über die einzelnen Verwaltungsstellen besonders an in Not geratene Familien weitergegeben. Delegationen der Streikenden sprachen in anderen Bundesländern auf Veranstaltungen der Gewerkschaften über ihren Streik. Drei Gewerkschafter aus Schleswig-Holstein informierten die Arbeitnehmer/innen in Nordrhein-Westfalen über den Streik – in Duisburg, Detmold, Dortmund, Hagen, Bielefeld und Düsseldorf.

Die „Welt der Arbeit“ berichtet am 18. Januar 1957: „Es gab besonders herzlichen Beifall für Heinz Hilsebein (Kiel), der für Else Raab (Kiel) und Paul Schubert (Lübeck) Dank sagte für die Einladung, und der Konferenz über Sinn, Ausmaß und Fortgang des Streiks berichtete. Längst ist der zentrale Arbeitgeberverband taktisch und finanzierend der Kopf auf der

Solidaritätsbewegung

²⁰ Varain, H.-J.: Parteien und Verbände, Köln und Opladen 1964, S. 83.

²¹ Streik-Nachrichten Nr. 19 vom 20. 11. 1956, S. 3.

Gegenseite der streikenden Arbeiter geworden. Kein Wunder, daß die IG Metall darauf entsprechend reagiert. Heinz Hildebrandt sagte, daß die Mitarbeit der Jugend beim Streik ein großes Lob verdiene. Doch auch die Haltung der Hausfrauen in Schleswig-Holstein verdiene Lob, denn sie hätten volles Verständnis für diesen Streik bewiesen. Sie wissen, wieviel Not entsteht, wenn der Ernährer längere Zeit krank wird und dann Schmalhans Küchenmeister wird.“

Die Jugendkonferenz schickte der Streikleitung ein Telegramm und sprach die Verbundenheit mit den Streikenden aus. Kleine Solidaritätsbeweise vor Ort wurden deutlich, wenn der Friseur für Streikende geringere Preise festlegte, der Hauswirt auf die Miete für einen Monat verzichtete etc.

Der Streik fand auch international große Beachtung: Dänische Werftarbeiter erklärten, daß sie nicht bereit seien, Arbeiten auszuführen, die von bestreikten bundesdeutschen Werften an dänische Werften übergeben werden könnten, der Vorsitzende der United Steel Workers of America sandte ein Solidaritätstelegramm. Der Internationale Gewerkschaftsbund in Prag behandelte den Streik ausführlich, vom Freien Deutschen Gewerkschaftsbund aus der Deutschen Demokratischen Republik gingen Solidaritätsspenden und -briefe ein, der Schweriner Sender übertrug jeden Tag eine Sondersendung für die streikenden Metaller.

Doch Solidaritätsspenden des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes oder von ehemaligen Mitgliedern der am 16. August 1956 verbotenen Kommunistischen Partei Deutschlands lehnte die Streikleitung strikt ab, vielmehr versuchte sie, diese Spenden den Ungarn – die Ereignisse gingen weltweit durch die Presse – zukommen zu lassen. Die Streikleitung lehnte die Spenden aus der Deutschen Demokratischen Republik mit der ‚Begründung‘ ab, daß die *„Machthaber in der Sowjetzone und ihre... Handlanger... alles tun, um den mitteldeutschen Arbeitern die einfachsten gewerkschaftlichen Grundrechte vorzuenthalten“*.²²

An anderer Stelle:

*„Die IG Metall sei stark genug, ihren gerechten Kampf allein zu führen. Sie setze sich nicht mit den Abgesandten eines totalitären Regimes an einen Tisch.“*²³

Während des gesamten Streiks hat es deshalb keinen offiziellen Empfang von Gewerkschaftern aus der DDR durch die Streikleitung gegeben. Inoffiziell war allerdings Julius Bredenbeck – selbst nicht Mitglied der Streikleitung – beauftragt, Gewerkschafter aus der DDR zu empfangen:

„Meine Herren, wir sind keine Kollegen – wir vertreten hier freie Gewerkschaften, und Sie repräsentieren ‚Staatsgewerkschaften‘: Sie haben z. B. keine Betriebsräte und kein Streikrecht. Sie sind also nicht unsere Kollegen. Darf ich bitte um Ihre Namen bitten, meine ‚Herren‘. Auf dieser Grundlage verhandeln wir. – ‚Ja, wir wollen doch die Solidarität, die Mithilfe ausdrücken!‘ – ‚Die brauchen wir nicht: Wir sind allein stark genug. Wenn Sie solidarisch zum Streik stehen und sich ehrlich mit den Werftarbeitern in Schleswig-Holstein verbunden fühlen: Dagegen ist nichts

²² Streik-Nachrichten Nr. 22 vom 26. 11. 1956, S. 3.

²³ Streik-Nachrichten Nr. 9 vom 6. 11. 1956, S. 1.

einzuwenden.‘ – ‚Ja, wir haben übrigens eine große Geldspende mitgebracht.‘ – ‚Die wird die Streikleitung nicht annehmen, weil wir genug haben.‘²⁴

Diese Einstellung der Streikleitung und führender Gewerkschafter war sicherlich mit dadurch bestimmt, daß die IG Metall und die Streikleitung seitens der Unternehmerverbände und der Bundes- und Landesregierung starker antikommunistischer Angriffe ausgesetzt war. Wohl auch aus diesem Grund versuchte die IG Metall alles zu unterlassen, was dieser Unternehmerpropaganda entgegenkam.

Bereits während des Streiks wurden Vermutungen geäußert über den hohen Anteil von Gegenstimmen bei der Abstimmung des Kompromißvorschlages am 30. 1. 57 und der Abstimmung am 13. 2. 57. In ihrem Bericht vom Sommer 1957 setzt sich die Streikleitung unter der Überschrift „Dritte Urabstimmung am 30. Januar 1957“ mit den Argumenten für die Ursache des hohen Anteils der Gegenstimmen auseinander. Unter dem Abschnitt „Nicht richtige Argumente der Ursachen“ geht sie – neben der Höhe der Streikunterstützung, aufgrund derer kein Streikender mehr Lust hätte zu arbeiten, und der Aufhetzung der Arbeiter durch die Streikleitung – auf den kommunistischen und dänischen Einfluß in Flensburg ein:

„3. Kommunistischer Einfluß

... Man kann in diesem Zusammenhang nur feststellen, daß ein irgendwie wesentlicher kommunistischer Einfluß auch bei dieser Urabstimmung nicht ausschlaggebend für das Ergebnis war. Im übrigen haben, . . . , die ehemaligen Mitglieder der KP eine ganz untergeordnete Rolle gespielt und sich während des Streiks überhaupt nicht hervorgetan.

4. Dänischer Einfluß in Flensburg

In Flensburg wird die Ursache des hohen Ablehnungsergebnisses in beiden Urabstimmungen durch den Einfluß der dänischen Minderheit erklärt. Es sind aber sicher nicht nur Angehörige der dänischen Minderheit, die für die Ablehnung des Verhandlungsergebnisses gestimmt haben. Die Nähe Dänemarks und die dort besseren sozialen Verhältnisse haben sicher einen Einfluß auf die Streikenden gehabt. Das kann aber nur von uns im positiven Sinne registriert werden, und wir können damit nur feststellen, daß die sozialen Verhältnisse in Deutschland eben noch wesentlich verbessert werden müssen.²⁵

Im folgenden soll auf diese beiden Aspekte ausführlicher eingegangen werden. Um die Rolle der Kommunisten während des Metallarbeiterstreiks besser beurteilen zu können, sollen einige wenige Bemerkungen zu ihrem politischen Handlungsspielraum und zur kommunistischen Gewerkschaftspolitik vorangestellt werden. Das Hauptziel der KPD in den fünfziger Jahren war es, die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik und die Einbeziehung in die NATO zu verhindern. Die Remilitarisierung wurde als das entscheidende Hindernis auf dem Wege zur nationalen Wiedervereinigung Deutschlands angesehen. In

Gründe für die Ablehnung der Verhandlungsergebnisse in der 3. und 4. Urabstimmung

²⁴ Interview mit Julius Bredenbeck vom Nov. 1986. Vielfach erreichten die Spenden trotzdem die Streikenden, da die Verteilung von Einzelpersonen übernommen wurde.

²⁵ Dokumentation S. 104.

dem Manifest des Hamburger Parteitages der KPD „An das deutsche Volk!“ vom 30. 12. 1954 heißt es:

„Der Hamburger Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands ruft dem gesamten deutschen Volk zu: Die Stunde der Entscheidung ist gekommen! Jeder Deutsche ist heute vor die Wahl gestellt: Entweder Pariser Verträge, das heißt Rekrutierung, Aufrüstung, Kriegsvorbereitung, Verelendung, Verewigung der Spaltung Deutschlands, Bruderkrieg, ja nationaler Selbstmord – oder Verhinderung der Pariser Verträge und damit Verhinderung der Rekrutierung, Verhinderung der Kriegspolitik. Das heißt: Der Weg ist frei für eine Verständigung über freie und demokratische Wahlen in ganz Deutschland und damit für ein einheitliches, friedliebendes, demokratisches Deutschland.“²⁶

Da die Frage der Remilitarisierung für die KPD zentralen Stellenwert besaß, wurde auch die Politik des DGB unter dieser Prämisse gesehen. Hinsichtlich dieses Punktes kritisierte die KPD das Aktionsprogramm des DGB von 1954, weil dort auf die Remilitarisierung nicht eingegangen wurde.

Weiterhin muß berücksichtigt werden, daß die KPD am 17. August 1956, kurze Zeit vor Beginn des Streiks, verboten wurde. Illegale Leitungen befanden sich zum Zeitpunkt des Streiks erst im Aufbau; Zeitungen und andere Publikationen wurden illegal herausgegeben, zwischen Druck und Verteilung lag jedoch ein längerer Zeitraum. Trotzdem waren die Kommunisten durch ihre jahrelange vorherige Arbeit in den Betrieben bekannt, wie z. B. Hein Wadle in Kiel, der 1953 für die Bundestagswahlen der Kandidat der KPD in Kiel war und 1956 zum Vorsitzenden der Vertrauensleute der IGM bei der größten Werft, der Howaldtwerft gewählt wurde. Starke Betriebsgruppen der KPD gab es in Kiel, besonders auf der Howaldtwerft, und in Flensburg. Bis zum Parteiverbot wurden allein vor Howaldt wöchentlich rund 500 Exemplare des „Norddeutschen Echos“, der KPD-Landeszeitung, verkauft. Auch während des Streiks erschienen das „Freie Volk“, Zentralorgan der KPD, und das „Norddeutsche Echo“ regelmäßig.

Die materielle, publizistische und kulturelle Betreuung der Streikenden und ihrer Familien wurde von Kommunisten als hervorragend eingeschätzt. Sie kritisierten aber die Streiktaktik, d. h. die Begrenzung des Streiks auf Schleswig-Holstein und die ungenügende Organisation von Solidaritätsbeweisen außerhalb des Streikgebietes. Die beste Solidarität mit den schleswig-holsteinischen Metallern sahen sie in der Ausweitung des Streiks auf andere Tarifgebiete. In der Nr. 203 des „Freien Volks“ vom November 1956 steht unter der Überschrift „Solidaritätsstreiks sind die beste Hilfe“:

„Hut ab vor soviel Kampfmoral! Aber dennoch taucht die Frage auf, ob es denn überhaupt notwendig ist, daß sich der Streik endlos lange hinziehen muß. Wenn die Arbeiter und ihre Gewerkschaften alle Kräfte einsetzen, braucht das ganz gewiß nicht sein; sie sitzen am längeren Hebel. . . . Sie (die schleswig-holsteinischen Unternehmer, d. Verf.) wurden aber von den Unternehmerverbänden, die eine „Solidarität“ der Profitmacher

²⁶ KPD 1945–1965, Abriß Dokumenten-Zeittafel, ausgearbeitet und zusammengestellt von Mitarbeitern des ZK der KPD, Berlin (DDR) 1966, S. 156.

verlangen, unter Druck gesetzt. Einer solchen unter Druck zustande gekommenen „Solidarität“ für eine schlechte Sache können aber die Metallarbeiter die verstärkte Solidarität für ihre gute und gerechte Sache entgegensetzen. Bei Solidaritätsstreiks der Metallarbeiter an Rhein und Ruhr würden die Unternehmer schnell Wasser in die Ohren bekommen und sehr bald kleine Brötchen backen. Sie würden einsehen müssen, daß den berechtigten Forderungen der Arbeiter nicht auszuweichen, sondern zu entsprechen ist.

Auf solche Weise könnte der neue Rahmentarifvertrag noch vor Weihnachten unter Dach und Fach sein. Das wäre ein feines Festtagspräsident. Die Kollegen an Rhein und Ruhr sollten deshalb unverzüglich die Frage der Solidarität mit den Streikenden in Schleswig-Holstein in den Betrieben beraten. Gewiß schauen die Kollegen aus dem Norden schon heute erwartungsvoll auf das Land, aus dem ihnen am ehesten wirksamste Hilfe kommen kann.“

Kommunisten traten für eine Einbeziehung aller 65 000 schleswig-holsteinischen Metallarbeiter in den Streik und die Bildung von Streikleitungen auf betrieblicher Ebene ein. Da die Streikenden nach Wohn- und Stadtteilbezirken zusammengefaßt wurden, sahen sie die Bindungen der Streikenden eines Betriebes untereinander und zu den Funktionären eines Betriebes als zu schwach an. Dieser Mangel wurde dadurch behoben, daß im Verlauf der Streiks in einem großen Teil der Betriebe regelmäßig Versammlungen der Betriebsräte und Vertrauensleute zur Beratung der aktuellen Situation stattfanden.²⁷

Die Forderungen nach einer Ausweitung des Streiks und verstärkter Solidarität wurde Anfang Januar 1957 durch einzelne Beschlüsse von Gewerkschaftsgremien unterstützt. So faßte die IG Metall Gelsenkirchen den Beschluß, die Streikenden mit einem 24-stündigen Solidaritätsstreik zu unterstützen, wenn die Forderungen nicht innerhalb von 14 Tagen erfüllt würden; der Ortsausschuß Wuppertal des DGB teilte mit, eigene Kampfmaßnahmen einzuleiten, falls erforderlich.²⁸

Die Forderung nach einer Ausweitung des Streiks wurde während der gesamten Dauer des Streiks gestellt und besonders nach der 3. Urabstimmung betont. In der Ausgabe des „Freien Volkes“ direkt vor der 3. Urabstimmung wird deutlich, daß auch von Kommunisten die Streikbereitschaft unterschätzt wurde: Unter der Überschrift „Beachtlicher Streik-Erfolg, Streikausweitung hätte vollen Erfolg gesichert“ wurde die Entschlossenheit der Metall- und Werftarbeiter gewürdigt. Man schien jedoch auch in der verbotenen KPD davon auszugehen, daß der Streik mit der 3. Urabstimmung beendet sein würde.

Die Betriebsratswahl 1957 nach Beendigung des Streiks macht deutlich, daß zumindest in einem Teil der Betriebe die politische und gewerkschaftliche Tätigkeit der Kommunisten von den Arbeitern/innen anerkannt wurde. Auf der größten Werft, der HDW, erhielt der oben bereits erwähnte Hein Wadle die meisten Stimmen, von den 25 neuen Betriebsrats-

²⁷ Vgl. Köhler, F.: Drei gerechte Forderungen, S. 53f.

²⁸ „Freies Volk“ Nr. 2 (19), Mitte Januar 1957.

mitgliedern gehörten 8 der früheren KPD an. Im bundesdeutschen Blätterwald fragte man sich:

„Was geht bei Howaldt vor?“²⁹ „„Neuer Howaldt-Betriebsrat: Jeder dritte ein Kommunist! Alarmierendes Ergebnis der Betriebsratswahlen auf Deutschlands größter Werft deutet hin auf Unzufriedenheit der Arbeiter mit dem Ausgang des Metallarbeiterstreiks“³⁰.

Dieses Ergebnis der Betriebsratswahlen muß allerdings auch mit den konkreten Arbeitsbedingungen auf der Werft in Verbindung gesehen werden.

„Aber reicht das alles aus, um ihnen (den Kommunisten, d. Verf.) einen solchen Auftrieb zu geben, . . . ? Das Betriebsklima ist auf der Riesenwerft denkbar schlecht. Die positiven Beziehungen zum demokratischen Staat wachsen für Arbeiter, die ihre meisten wachen Stunden am Arbeitsplatz zubringen müssen, nun einmal in erster Linie über die Beziehung zur Arbeit und über das Klima im Betrieb selbst. Der Lohn allein kann weniger wichtig sein als die gesellschaftliche Zurückstellung hinter dem Angestellten, etwa in Frage des Lohnausgleichs im Krankheitsfall. Die Howaldt-Werft in Kiel glaubt jedenfalls, ohne besondere Fachleute auszukommen, die sich um die menschlichen Beziehungen im Betrieb Gedanken machen.“³¹

Oder wie ein anderer Arbeiter seine Unzufriedenheit mit dem Streikergebnis deutlich macht:

„Wir sind gewiß keine Kommunisten“, sagte einer der Howaldt-arbeiter. „Aber gibt es denn noch eine andere Möglichkeit, uns bemerkbar zu machen?“³²

Der Streik hatte zwar einen entscheidenden Fortschritt gebracht, doch an den konkreten Arbeitsbedingungen hatte sich auf der Werft nichts geändert. Dies machen verschiedene Artikel im „Freien Volk“ deutlich, die sich mit den Mißständen auf der Howaldtwerft beschäftigen:

„Da es auf der ganzen Werft nur einen Speiseraum gibt, ist die Abfertigung mittags einfach grauenhaft. Der Speiseraum besteht aus einem Raum von etwa 10×15 Metern Abmessung. In diesem Raum stehen zwei große Kochkessel, in denen das Waschwasser warm gemacht wird. Des weiteren stehen mehrere Kleiderspinde in diesem Raum, in dem die Kleider der in der Küche und beim Servieren beschäftigten Kollegen und Kolleginnen enthalten sind. Nun verbleibt für das Aufstellen von Tischen und Stühlen nur noch wenig Platz. Es handelt sich etwa um 80 Sitzplätze. . . . So kann es nicht ausbleiben, daß ein Großteil der Kollegen, die essen wollen, sich draußen auf irgendwelchen Kisten oder Baumstümpfen häuslich niederlassen, um das Essen nicht im Stehen einnehmen zu müssen. . . .

Ist hier beim Essen im sogenannten Speisehaus noch die Möglichkeit gegeben, an einem Tisch und auf einem Stuhl zu sitzen, so sieht es in den Werkstätten, ausgenommen die Maler, E-Schweißer und ein Teil der Schiffbauer, verheerend aus. Wie im finsternen Mittelalter spielt sich hier die Mittagspause ab. . . .

Auf Werkbänken, Werkzeugkisten, Holzstapeln, Trümmer teilen usw. inmitten des Abfalls und des Schmutzes, müssen viele tausend Kollegen ihre halbstündige Pause verbringen. Da, wo

²⁹ „Die Welt“ Nr. 99 vom 29. 4. 1957, S. 3.

³⁰ „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ Nr. 98 vom 17. 4. 1957, S. 1.

³¹ „Die Welt“ Nr. 99 vom 29. 4. 1957, S. 3.

³² „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ Nr. 98 vom 17. 4. 1957, S. 1.

jeder arbeitet, setzt er sich nieder, um sein Brot zu verzehren.

...³³

Wie sah nun die Situation in Flensburg aus?³⁴ Ein großer Teil der Flensburger Werftarbeiter gehörte der dänischen Minderheit an, auch der 1. Bevollmächtigte der IG Metall Flensburg. Die Mitglieder der dänischen Minderheit waren aber nach einer 1954 zwischen DGB und Dänischem Gewerkschaftsbund getroffenen Vereinbarung im Deutschen Gewerkschaftsbund organisiert, soweit sich ihr Arbeitsplatz auf bundesdeutschem Boden befand. Die besseren sozialen Verhältnisse in Dänemark hatten sicher ihren Einfluß auf die ‚radikalere Haltung‘ der Flensburger Werftarbeiter – allerdings nicht nur der Werftarbeiter, die der dänischen Minderheit angehörten. Doch durch das ‚Vorbild Dänemark‘ bzw. mit dem ‚nationalpolitischen Moment‘ allein läßt sich die besonders breite Ablehnung der Verhandlungsergebnisse in Flensburg nicht erklären. Inwieweit die Entwicklung der Flensburger Sozialdemokratie und/oder der Gewerkschaften in Flensburg Mitte der 50er Jahre ihren Niederschlag finden in dem hohen Anteil von Gegenstimmen bei den Urabstimmungen, bedarf einer eigenen Untersuchung.

Wie auch im Bericht der Streikleitung wiedergegeben, lehnten Streikende vor allem aus folgenden Gründen die Verhandlungsergebnisse ab:

„1. Zum erstmal in der Geschichte der Gewerkschaften ist ein Grundsatzstreik von solcher Länge und solcher Härte geführt worden. Es war kein Streik um Magenfragen, sondern eine Auseinandersetzung um prinzipielle gesellschaftspolitische Fragen.“

...

Im wesentlichen kamen in den Streikversammlungen drei Argumente zutage:

1. Das Ergebnis der „Bonner Verhandlungen“ schaffe nicht die gesellschaftspolitische Gleichbehandlung, die ihnen zustände. Sie seien nach wie vor Menschen zweiter Klasse.



Wie sah nun die Situation in Flensburg aus?

Streikversammlung

³³ „Freies Volk“ Nr. 27 (44), Ende Juli 1957.

³⁴ Vgl. zur Situation in Flensburg: Beier, G.: Der große Metallarbeiterstreik von 1956/57 und die Transformation der nationalen Frontstellung in eine soziale, in: Arbeiterbewegung in Nord- und Mitteleuropa zwischen nationaler Orientierung und Internationalismus, hrsg. v. Krüger, G., Flensburg 1976, S. 92–100.

Aktionen und Reaktionen der Unternehmer

2. Sie wollten mit ihrer Ablehnung der Verhandlungskommission nur eine Stütze geben. Sie waren der Meinung, daß wir das Kräfteverhältnis falsch eingeschätzt hätten.
3. Durch eine Ausweitung des Streiks auf andere Gebiete würden wir unsere Kräfte verstärken können und ein besseres Ergebnis erzielen.³⁵

In den ersten Monaten des Jahres 1956 gab es Berichte über die Schaffung eines sogenannten Solidaritätsfonds der Arbeitgeberverbände zur Finanzierung der bei Streiks anfallenden Kosten. Auf scharfe Proteste der Gewerkschaften antworteten die Arbeitgeber, dieser Fonds entspräche lediglich den Streikkassen einer Gewerkschaft. Ziel dieses Fonds war es, die betroffenen Unternehmen im Streikfall zum Durchhalten zu ermuntern, indem die finanziellen Einbußen verringert werden. Damit sollte das Auseinanderfallen der Unternehmerfront verhindert werden, was in den Jahren 1953 bis 1956 im Bereich der Metallindustrie häufiger in Streiksituationen geschehen war. Insbesondere bei der Forderung nach Lohnfortzahlung im Krankheitsfall standen die schleswig-holsteinischen Unternehmer unter starkem Druck des Gesamtverbandes, da dieser einen Präzedenzfall in diesem Punkt verhindern wollte.

Entsprechend dieser Vorstellung wurde auch argumentiert:

„Es darf nichts geschehen, was die Lage der bestreikten Unternehmer in ihrem Abwehrkampf irgendwie erschweren könnte, denn der Abwehrkampf in Schleswig-Holstein wird praktisch für die gesamte Wirtschaft der Bundesrepublik geführt.“³⁶

„Neben den unmittelbaren Unterstützungen an die bestreikten Betriebe werden die Firmen außerhalb des vom Arbeitskampf betroffenen Gebietes alle Maßnahmen treffen und unterstützen, die aus dem Streik drohenden Nachteile abzuwenden... Sie betrachten es als selbstverständliche Pflicht, keine Kunden der bestreikten Betriebe abzuwerben oder diese Firmen bei der Auftragsvergebung zu benachteiligen.“³⁷

Aus diesem Fonds sollten die Unternehmen bis zu 90 % der Kosten nach dem Streik erstattet bekommen haben.

Aber nicht nur durch Unterstützung aus dem Solidaritätsfonds sollte die Unternehmerfront geschlossen gehalten werden: Unternehmern, die einen separaten Abschluß mit der Gewerkschaft ins Auge faßten, wurde mit dem Ausschluß aus dem Arbeitgeberverband und einem wirtschaftlichen Boykott gedroht.

Die Unternehmer und ihre Verbände versuchten über zwei Wege den Streik zu verhindern bzw. die Streikfront zu brechen: durch Beeinflussung der öffentlichen Meinung – dies schloß auch Diffamierungen und Verleumdungen mit ein – durch konkrete Ansprache und Maßnahmen den Streikenden gegenüber. So erschien in der „Lübecker Freien Presse“ wenige Tage nach Streikbeginn – in Lübeck wurden seit dem 24. 10. 56 die Firmen Hagelstein, Travemünde, die Flenderwerke, die Lübecker Maschinen-Gesellschaft, die Travewerft, die Beth AG und Schärffe & Co bestreikt – eine Anzeige des

³⁵ Dokumentation, S. 104f.

³⁶ Unternehmerbrief des Deutschen Industrieinstituts vom 25. 10. 1956, Nr. 43.

³⁷ Industriekurier Nr. 163 vom 25. 10. 1956.

Arbeitgeberverbandes. Darin wurde der Versuch unternommen, die IG Metall für die Verschleppung der Verhandlungen um einen neuen Manteltarifvertrag verantwortlich zu machen und die Argumentation der Gewerkschaft, die Forderungen seien wirtschaftlich erfüllbar und würden nur 3 % der Lohn- und Gehaltssumme ausmachen, zu widerlegen. Dabei wurde natürlich nicht vergessen hervorzuheben, daß der Verbraucher den Schaden des Streiks tragen müsse und die Preise steigen würden, da die Produktion ja zurückgehe. Nur in „sozialpartnerschaftlicher“ Zusammenarbeit seien die Probleme lösbar, vor allem in so einem kleinen Bundesland. Dabei fehlte auch die Drohung mit dem Abbau von Arbeitsplätzen nicht:

„Die Gewerkschaft sagt: Wir verlangen 6 Wochen Bezahlung bei Krankheit, Urlaubsgeld und längeren Urlaub. Das mache nur drei Prozent der Lohn- und Gehaltssumme aus.

Tatsache ist: . . .

Die Belastung dafür würde in den Betrieben unterschiedlich nach der Art der Produktion und der Belegschaftszusammensetzung 20 bis 30 Prozent ausmachen. Die gewerkschaftlichen Forderungen sind daher nicht tragbar. Ihre Verwirklichung gefährdet die heimische Wirtschaft und damit die Arbeitsplätze der Arbeitnehmer und die wirtschaftliche und soziale Lebenshaltung der gesamten Bevölkerung in Schleswig-Holstein.

. . . Im Kieler Landtag wurde . . . von allen Parteien zum Ausdruck gebracht, daß nur gemeinsame Bemühungen der gesamten Bevölkerung den Aufbau der Wirtschaft in Schleswig-Holstein vollenden können. Dieses Aufbauwerk ist durch den Streik ernstlich gefährdet.

Die Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland will in einem kleinen Land mit einem Streik, der sie nicht allzuviel kostet, einen Modellfall für das ganze Bundesgebiet exerzieren.“³⁸

Für weitere Pressekampagnen erhielten die schleswig-holsteinischen Unternehmen über den Gesamtverband tatkräftige Unterstützung: aus Hessen kam für den Bereich Presseaufgaben der Leiter der hessischen Pressestelle der Arbeitgeberverbände, Simons, aus Bayern der Rechtsvertreter der Arbeitgeberorganisation, Gift, für Sonderaufgaben – beide also aus Ländern, in denen man Erfahrungen mit Streiks hatte sammeln können. In der Unternehmerargumentation gab es – je nach Streiklage unterschiedlich gewichtet – neben den oben genannten „Argumenten“ noch folgende Schwerpunkte: die Streikenden wollen eigentlich gar nicht streiken, sie werden vielmehr von den IGM-Funktionären unter Druck gesetzt, und außerdem sei das Handeln der IGM undemokratisch, da sie eine Parlamentsentscheidung zu präjudizieren versuche. Der Streik sei unberechtigt, da ja schon längst eine Initiative zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle im Bundestag eingebracht worden sei.

Gleichzeitig versuchte man, den Streik in der Öffentlichkeit zu diffamieren. Am 3. 11. 56 wurden Inserate in den Tageszeitungen veröffentlicht, in denen es hieß:

„Der Streik wäre längst zu Ende gewesen, wenn die Arbeiter

³⁸ „Lübecker Freie Presse“ Nr. 253 vom 27./28. 10. 1956.

*durch den Terror der Zentralen Streikleitung am Betreten ihrer Werke nicht gehindert würden. Vor den Toren herrschte der Terror. Die Gewerkschaft redet von Demokratie und betreibt eine krasse Streikdiktatur. Ist das kein Terror?*³⁹

Dieses hatte 1956 bereits Tradition. Schon seit Anfang der 50er Jahre wurde von Unternehmerseite vertreten, daß die Gewerkschaften bei Streiks ‚den Aufstand gegen die Verfassung probten‘. Dabei griff man auch auf das Mittel des Antikommunismus zurück. In einer Pressekonferenz in Bonn-Bad Godesberg äußerte Dr. H. C. Paulssen, Vorsitzender der Bundesvereinigung deutscher Arbeitgeberverbände:

*„Eine Gewerkschaft, die einen Streik wie in Schleswig-Holstein beginnt, arbeitet der verbotenen Partei (KPD) in die Hände.“*⁴⁰

Weitere Maßnahmen waren direkte Ansprachen der Streikenden und ihrer Familien. Bereits vor Beginn des Streiks erfolgte eine wahrscheinlich zentral gelenkte Kündigungswelle. So berichten z. B. die ‚Schleswig-Holsteinische Volkszeitung‘ am 22. 10. 1956:

„Bereits am Wochenende warf der ernste Lohnkonflikt seine Schatten voraus. Die größte Werft des Kontinents, die bundeseigenen Kieler Howaldtswerke mit ihren 13 000 Beschäftigten, haben 400 Metallarbeitern gekündigt und die bevorstehende Entlassung weiterer 1000 Beschäftigter der Reparaturabteilung angekündigt. Als weitere Maßnahme, die der Androhung einer Aussperrung nahekommt, will die Werft 1500 Betriebsangehörige auf Kurzarbeit setzen. Werftdirektor Westphal begründete diese Schritte mit dem angeblichen Ausbleiben von Reparaturaufträgen im Hinblick auf die Streikgefahr. Das Arbeitsamt hat der Entlassung von 400 Metallarbeitern bereits zugestimmt.“

Von Entlassungen direkt nach Streikbeginn waren vor allem auch Vertrauensleute betroffen, da sie nicht unter den Kündigungsschutz fielen. Hier konnte die IG Metall jedoch durch Prozesse die Rücknahme der Kündigungen erreichen. Um die Streikfront aufzubrechen, wurden von den Unternehmern Mitarbeiterbriefe verschickt, von den Gewerkschaftern ‚Hirtenbriefe‘ genannt, die in der Regel allerdings zentral vom Verband verfaßt wurden. Darüber hinaus machten leitende Angestellte bei Streikenden Hausbesuche, oder es wurden Treueprämien von 2,- DM pro Tag in Aussicht gestellt, wenn sich Streikende zum Streikbruch bereit finden würden.

An dieser Stelle soll auf zwei Mitarbeiterbriefe eingegangen werden, die Dipl.-Ing. J. Schiml, Vorstandsmitglied der Orenstein-Koppel und Lübeck Maschinenbau AG, gleichzeitig auch Vorsitzender des Verbandes der Eisen- und Metallindustrie in Schleswig-Holstein, an seine ‚sehr geehrten Herren Mitarbeiter‘ schrieb. Sie gehen nicht auf den Text eines zentral verfaßten Briefes zurück, sind aber dennoch für die Mitarbeiterbriefe typisch.⁴¹

Hierin wird der IG Metall einerseits vorgeworfen, die Streikenden falsch zu informieren und zur Durchsetzung des Streiks mit falschen Urabstimmungsergebnissen argumentiert zu haben, andererseits werden die sozialen Errungenschaften des

³⁹ „Kieler Nachrichten“ vom 3./4. 11. 1956, S. 22; vgl. dazu Streik-Nachrichten Nr. 8 vom 5. 11. 1956, S. 1.

⁴⁰ Metall Nr. 24 vom 2. 12. 1956. Hierzu äußerte Alois Wöhrle auf einer Großkundgebung der streikenden Metaller am 6. 12. 56 auf dem Rathausplatz in Kiel (2. Vorsitzender der IGM):

„Wir sind aus der Vergangenheit von Unternehmerseite schon manches gewohnt. Eine derartige Diffamierung unserer Organisation und Beschimpfung der Streikenden übertrifft aber alles bisher Dagewesene. Derartige Verleumdungen weisen wir mit Entschiedenheit zurück. Es ist nicht nur unverschämt, sondern auch verantwortungslos, wenn solche Äußerungen von dem Vorsitzenden einer Organisation gemacht werden, die alle Arbeitgeberverbände der Bundesrepublik erfaßt.“

⁴¹ Nachdem die IG Metall Mitte November Antwortbriefe an die Streikenden ausgab, wurde dieses Mittel ab Anfang Dezember in der Regel nicht mehr angewandt. (Vgl. Dokumentation, S. 161.)

Betriebs hervorgehoben und mit deren Abschaffung und darüber hinaus der Gefährdung der Arbeitsplätze durch den Streik gedroht.

„Ich wollte den Streik nie und der größte Teil der Kollegen, zu denen hoffentlich auch Sie gehören, ebenfalls nicht. Sie glaubten aber wohl, sich anschließen zu müssen, da Ihre Gewerkschaft Ihnen berichtet hatte, 88 Prozent Ihrer Kollegen seien für den Ausstand. Wie irreführend diese Zahl ist, das wissen Sie ebenso wie ich. Sie wissen, daß in Schleswig-Holstein die Hälfte Ihrer Kollegen der Abstimmung ferngeblieben ist, und Sie wissen auch, daß man Fragen in einer Richtung formulieren kann, wie man sie nachher beantwortet haben möchte. Ist das nicht so gewesen?

... Sie wollen doch sicher nicht, daß Ihr Werk, in dem Sie arbeiten und in dem Sie zum weitaus größten Teil wahrscheinlich noch sehr lange arbeiten wollen, durch die Bewilligung Ihrer großen Anzahl von Forderungen, die Ihre Herren von der IG Metall im neuen Rahmentarifvertrag haben, einen solchen Schaden erleidet, daß es bei einer Wirtschaftskrise, die eines Tages kommen wird, gezwungen ist, von 4000 Belegschaftsmitglieder 3000 zu entlassen...

Aber noch weitere Punkte sollten für Sie Anlaß sein, darüber nachzudenken, ob Sie sich durch Ihre Beteiligung am Streik richtig verhalten. Und diese Fragen liegen in den sozialen Leistungen, welche unser Werk Ihnen über das hinaus, was tariflich vereinbart ist, gewährt. Und diese sozialen Leistungen sind keine geringen...

Sie wissen, daß wir in der LMG-Hilfe GmbH eine Hilfskasse haben, die außerordentliche Leistungen, insbesondere für unsere in den Ruhestand tretenden oder infolge Gesundheitsschäden vorzeitig aus dem Arbeitsleben scheidenden Belegschaftsmitglieder, vollbringt. Wir sehen immer wieder, wenn wir jenen Kollegen den Rentenbrief übergeben, wie ihre Augen leuchten und wie froh sie darüber sind, daß ihre bisher sehr schmale Rente aus der Invalidenversicherung durch einen nicht unbeträchtlichen Zuschuß aus der LMG-Hilfe auf eine Höhe gebracht wird, die ihnen auch im Alter das Leben sorglos gestaltet. Allein für diesen Zweck zahlen wir im Jahr mehr als 400 000,- DM...

Sie, meine Herren Mitarbeiter, müssen natürlich nicht glauben, daß, wenn nicht produziert wird, nach wie vor Geld da ist. Wenn aber kein Geld mehr da ist, so ist das erste, was abgebaut werden muß, die soziale Leistung. Das ist doch ganz natürlich! Oder wollen Sie zugunsten der sozialen Leistung auf einen Teil Ihres Lohnes verzichten? ...

*Die Tore unseres Werkes bleiben auf jeden Fall für Sie und Ihre Kollegen offen und kein Streikposten hat das Recht, Sie an der Wiederaufnahme der Arbeit zu hindern. Auch wird dafür gesorgt werden, daß Sie als Arbeitswilliger später keine Belästigungen von den heute Streikenden zu erwarten haben.*⁴²

Besonders im Dezember, angesichts des bevorstehenden Weihnachtsfestes, versuchten die Arbeitgeber, auf die Streikenden in Anspielung auf ihre materiellen Situationen einzuwirken:

⁴² Brief von Dipl.-Ing. J. Schiml, Vorstandsmitglied der Orenstein-Koppel und Lübecker Maschinenbau-Aktiengesellschaft vom 31. 10. 1956.

„Haben Sie, meine Herrn Mitarbeiter, etwa den Wunsch, daß, während Sie streiken, auch die Geschäftsleitung ihre Hände in den Schoß legen möge, damit das Ende der abzuarbeitenden Aufträge uns bedenklich nahe auf den Leib rückt? Ist es da nicht viel richtiger, daß wir inzwischen für neue Aufträge sorgen, damit wir, nachdem die Arbeit eines Tages wieder aufgenommen sein wird, Ihnen auf recht lange Zeit hinaus Beschäftigungsmöglichkeiten bieten können? Glauben Sie denn, wir nehmen – um mit den Kraftausdrücken Ihrer Streikzeitung zu sprechen – Aufträge nur zur Erfüllung unseres „Geldbeutels“ herein? Glauben Sie denn ernstlich, daß wir dabei gar nicht an unsere Belegschaftsmitglieder denken? Es ist doch geradezu lächerlich, wenn man Ihnen durch Ihre Streikzeitung das Gegenteil weismachen will.

Haben Sie sich schon einmal überlegt, ob Ihre finanzielle Lage sich durch eine weitere Streikdauer bessern wird? Haben Sie mal daran gedacht, daß sich der Inhalt Ihres Geldbeutels und auch der unsrige, im Jahresergebnis gesehen, von Tag zu Tag verschlechtert? Sie dürfen mir glauben, daß in einer solchen Situation die freiwilligen sozialen Leistungen, die ich in meinem vorhergehenden Brief ausführlich behandelt habe, eingeschränkt oder vielleicht sogar wegfallen müssen. Der Inhalt Ihres Geldbeutels wird ja trotz aller Streikunterstützungen, die Sie von Ihrer Gewerkschaft erhalten, nicht zunehmen, und gerade im Hinblick auf das kommende Weihnachtsfest wird dieser Umstand für Sie und Ihre Familie bestimmt eine nicht unwesentliche Rolle spielen.“⁴³

Doch auch die Vergabe von Werkwohnungen im Falle eines Streikbruches oder das Versprechen einer Lebensstellung konnte die Zahl der Streikbrecher nicht erhöhen.⁴⁴ Viele dieser Maßnahmen wurden eingestellt, insbesondere nachdem die IG Metall bei Fortsetzung dieser Mittel mit der Einstellung der Notstandsarbeiten drohte.

Erst ab Mitte Januar gingen die Unternehmer massiv an die Öffentlichkeit. Dabei stellten sie die politische Lösung des Konflikts auf Bundesebene in den Mittelpunkt ihrer Argumentation:

„Der Punkt 1 Ihrer Forderung, nämlich die Fortzahlung des Lohnes im Krankheitsfall wie bei den Angestellten, ist jetzt zum erstenmal vorgebracht worden, nachdem sich die IG Metall Jahrzehnte hindurch mit der bisherigen Regelung, die im § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches für Angestellte verankert ist, abgefunden hatte. Ist es denn da vertretbar, daß eine Änderung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen jetzt auf einmal durch den Streik erzwungen werden soll, obgleich Ihrer Gewerkschaft bekannt ist, daß sich der sozialpolitische Ausschuß des Bundestages mit den von der SPD eingebrachten Anträgen befaßt und auch in Kürze darüber beschließen wird? Führende Männer des DGB und auch der SPD schütteln den Kopf darüber, daß die IG Metall ausgerechnet in dem kleinen Land Schleswig-Holstein eine der gesetzlichen Entscheidung vorausgehende Regelung durch einen Streik erzwingen will.“⁴⁵

Damit einher ging die Forderung nach einem staatlichen

⁴³ ders., Brief vom 7. 12. 1956.

⁴⁴ ders., Brief vom 31. 10. 1956.

⁴⁵ ders., Brief vom 7. 12. 1956.

Eingriff in die Auseinandersetzung, nach der staatlichen Zwangsschlichtung: Dr. Paulssen, der Präsident der Dt. Arbeitgeberverbände, drohte

„beim Metallarbeiterstreik in Schleswig-Holstein gehe es um die Frage, ob es noch ein wirtschaftlicher oder ein politischer Streik sei. Hier sei offenbar einmal ein Fall eingetreten, wo es ohne ein Eingreifen des Staates nicht geht.“⁴⁶

Während einerseits Bemühungen der Unternehmer und ihrer Verbände, Streikende zum Streikbruch zu bewegen, im wesentlichen keinen Erfolg hatten, konnten sie andererseits ein Auseinanderbrechen der eigenen Front durch die bereits dargestellten Maßnahmen verhindern: Während der Streiks wurden lediglich zwei Sondervereinbarungen getroffen, zum einen mit der Nordischen Maschinenbau, Lübeck, am 10. 11. 56, die dadurch nachträglich Schwierigkeiten mit anderen Unternehmern bekam, zum anderen mit der Aktiengesellschaft für Cartonageindustrie, Lübeck, am 1. 12. 56.

Verschiedene Äußerungen und Maßnahmen zeigen deutlich, daß die Sympathien der Landesregierung eher auf Seiten der Unternehmer waren: Sofort nach Streikbeginn ließ der schleswig-holsteinische Innenminister Dr. Lemke (CDU) an alle Polizeidienststellen dieses Landes eine Dienstanweisung verteilen (Dienstanweisung Nr. 4), in der Streikposten als „Terroristen“ diffamiert wurden. Als Vorlage diente dem Minister ein 1954 erschienenes sog. Weißbuch der bayerischen Metallindustriellen, in dem der Streik der bayerischen Metallarbeiter als „Terrorfeldzug“ verleumdet wurde. In diesem „Terrorfeldzug“ sei ein großer Teil der Arbeitnehmerschaft „vergewaltigt“ worden.⁴⁷

Julius Bredenbeck erinnert sich:

„In diesem Streik hatte es viele Prozesse gegeben – viele Kollegen wurden verurteilt wegen Landfriedensbruch und Vorfällen, die mit ihrer Tätigkeit als Streikposten zusammenhingen.

Der 1. Bevollmächtigte Emil Willumeit fragte mich an einem der ersten Tage des Streiks: ‚Du, sag mal, was ist da eigentlich in deinem Büro los, da kommen ja immer Polizisten in Uniform? Und ab und zu sind ja auch mal Zivilisten dabei: was machen die da eigentlich?‘ Ich antwortete: ‚Ich bin der Meinung, daß die Vorfälle, die damals in München und Nürnberg stattfanden, bei uns nicht vorkommen sollen. Wir wollen nämlich ganz exakte, juristisch fundierte Regeln herausgeben für unsere Kollegen, die Streikposten stehen, damit sie nicht in Konflikte mit der Staatsgewalt kommen.

Das sind Gewerkschafter in Uniform: Kollegen der ÖTV, die sich natürlich in ihrem Arbeitsbereich als Polizisten gut auskennen. Die Zivilisten waren sozialdemokratische Juristen. Gemeinsam wurde ein Entwurf mit Verhaltensregeln abgefaßt. Ich kann jetzt sagen: Wir haben keinen Prozeß führen müssen, weil keine Übergriffe vorkamen – oder sie waren so minimal, daß es nicht einmal zu einer polizeilichen Anzeige kam.“⁴⁸

Auch die Mehrheit des Kieler Landtages stellte sich auf die

Das Verhalten der Landesregierung

⁴⁶ Streik-Nachrichten Nr. 57 vom 18. 1. 1957, S. 1.

⁴⁷ Vgl. Streik-Nachrichten Nr. 2 vom 26. 10. 1956, S. 1.

⁴⁸ Interview mit Julius Bredenbeck vom Nov. 1986.

Seite der Unternehmer. Die Streiknachrichten kommentierten die Landesdebatte vom 15. und 16. Nov. 56 folgendermaßen: Ministerpräsident von Hassel (CDU) habe sich „erneut die Argumente der Unternehmer zu eigen gemacht“ . . .

„Die Mehrheit des Landtages entpuppte sich nicht als Vertreter des Volkes – wie es nach der Verfassung sein sollte – sondern als Interessenvertreter einer Handvoll Unternehmer. Das wurde besonders daran deutlich, daß die meisten Sprecher der Landtagsdebatte sich nicht scheuten, direkt oder indirekt einem Eingreifen des Staates, also letztlich einer staatlichen Zwangsschlichtung, das Wort zu reden.“⁴⁹

Ein klassisches Beispiel für Schwerpunkstreiks und flexible Eskalation

Das Gebiet der Verwaltungsstelle Rendsburg

Von den 13 Städten in Schleswig-Holstein, in denen Betriebe bestreikt wurden, liegen zwei im Bereich der Verwaltungsstelle Rendsburg: Rendsburg und Eckernförde. Auf der Werft Nobiskrug GmbH und bei der Jagd- und Sportwaffenfabrik I. P. Sauer & Sohn wurde die Arbeit niedergelegt. Im erstgenannten Betrieb am 24. Oktober 1956 900 Beschäftigte und bei Sauer & Sohn dann am 10. Januar 1957 400 Beschäftigte. Zum ersten Mal wurde ein so langer Streik nicht um die Verbesserung des Lohntarifs, sondern um einen Rahmentarifvertrag geführt.

Das Organisationsverhältnis betrug im gesamten Tarifgebiet 71,9%. 44 856 Arbeitnehmer waren Mitglieder der IG Metall. Die wertvollste Stütze der Organisation der IG Metall war ein gut funktionierender Vertrauenskörper, und auch das Organisationsverhältnis der Betriebsräte war relativ gut. In Rendsburg gab es 180 Vertrauensleute – das Verhältnis zu den Mitgliedern betrug 1:19 – und 2 Obleute, außerdem (1955) 70 Betriebsräte – davon waren 50 organisiert. In Eckernförde gab es 21 Vertrauensleute – das Verhältnis zu den Mitgliedern war 1:35, die Zahl der Betriebsräte bei der IG Metall betrug dort 24, davon waren 20 organisiert.⁵⁰

Die Gewerkschafter Hinrich Harms und Karl Langmaack weisen darauf hin, daß in der Maschinenfabrik Friedrich Köster KG. nur einen Tag lang die Arbeit ruhte. Karl Langmaack berichtet:

„Friedrich Köster sagte: ‚Es hat keinen Sinn, daß ihr am Streik teilnehmt. Wir haben viele Aufträge, die erledigt werden müssen. Ihr braucht nicht zu streiken: Die Verbesserungen bekommt ihr doch ohnehin‘ – Friedrich Köster war nämlich nicht organisiert: Er war nicht im Arbeitgeberverband. So konnte er seinen eigenen Weg gehen.“⁵¹

Wilhelm Knop entstammt einer Familie mit einer langen Gewerkschaftstradition: Sein Vater war 50 Jahre gewerkschaftlich organisiert, möglicherweise hat er den Transportarbeiterverband sogar mitgegründet, 1918 war er im Arbeiterrat. Seine Mutter war 40 Jahre Gewerkschaftsmitglied, alle seine 3 Geschwister sind auch Gewerkschafter, und er selbst ist seit über 60 Jahren gewerkschaftlich organisiert. Er stellt die Lage bei der Niederdeutschen Optik GmbH in Eckernförde dar:

„Weil den Streikforderungen dort sofort stattgegeben wurde, kam es nicht zum Streik. Wir waren in dem Betrieb als IG

⁴⁹ Streik-Nachrichten Nr. 17 vom 16. 11. 1956, S. 1.

⁵⁰ Dokumentation, S. 55.

⁵¹ Interview mit Karl Langmaack vom Mai 1985.

*Metaller gut organisiert. – Die Produktion war auf die Herstellung von Brillengläsern spezialisiert.*⁵²

Dieses 1947 in Brake-Unterweser neu gegründete Unternehmen verlagerte sich Ende 1951 nach Eckernförde und beschäftigte Mitte der 50er Jahre 70 Arbeitnehmer – davon 60 % Heimatvertriebene. Es hatte auf dem ehemaligen Gelände der TVA-Süd seinen Standort.

In Rendsburg war 1956 das Organisationsverhältnis niedriger als in den anderen Verwaltungsstellen Schleswig-Holsteins. Von 6290 beschäftigten Arbeitern waren 2862 organisiert: Das sind 45,5 %.^{52a} In der Dokumentation heißt es weiter:

*„In Rendsburg kommt dieses schlechte Verhältnis dadurch zustande, daß die Belegschaft der Carlshütte sehr schlecht organisiert ist.“*⁵³

Die Situation der IG Metall wurde zudem dadurch erschwert, daß Dr. Schütte, der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes der Metallindustrie in den Kammerbezirken Kiel und Flensburg kaufmännischer Direktor dieses größten metallverarbeitenden Betriebes war. Der Betrieb wurde nicht mit in den Streik einbezogen – durch Streik unmittelbar vor seinen Augen hätte Dr. Schütte vielleicht zu einer konzilianteren Haltung bewegt werden können –, und der Arbeitgeberverband wollte hier beweisen, daß die Arbeitswilligkeit im Grunde sehr groß sei.

Bereits am 29. Oktober 1956 führten die Arbeitgeber in der Carlshütte in eigener Regie eine Abstimmung durch – mit der Absicht, die Belegschaft zu spalten und die Arbeiter einzuschüchtern. Die Alternative war:

„Ich bin für arbeiten – ich bin für Streik“.

Die Vorbereitung für die Abstimmung war am Sonntag, dem 28. Oktober, zwischen Frau Ahlmann (Inhaberin) und den Werkmeistern besprochen worden. Die Verwaltungsstelle der IG Metall wurde über diese Besprechung nicht informiert. Paul Hinz, Mitglied des Betriebsrates seit dem 1. Juni 1956, zeigt die damalige Initiative des Betriebsrates auf:

*„Wir haben beim 1. Betriebsratsvorsitzenden, Karl Böge, durchzusetzen versucht, sofort eine einstweilige Verfügung zu erreichen, damit das nicht zum Tragen kommt: Wir hatten ja schon an der 1. Urabstimmung teilgenommen. Das hat er abgelehnt. Zugleich haben wir uns auch an die Gewerkschaft gewandt: Jedoch dort ebenfalls keine Unterstützung bekommen.“*⁵⁴

Die Werkmeister, in der Mehrzahl in der DAG organisiert, leiteten und kontrollierten daraufhin die Abstimmung. Eingeleitet wurde der Aufruf zur Beteiligung an dieser Stimmabgabe mit der Drohung, man sehe sich gezwungen, im Verlauf des Streiks andere Maßnahmen zu ergreifen. In einem Aushang forderte der Betriebsrat die Belegschaft auf, sich nicht an der Abstimmung zu beteiligen. Trotzdem gingen die meisten Arbeitnehmer zur Wahlurne. Die Werkmeister kontrollierten nun prompt anhand von Listen, wer teilgenommen hatte und wer nicht. Dadurch wurde zusätzlicher Druck auf die Arbeitnehmer ausgeübt. Das Ergebnis war: Beschäftigte Arbeiter:

⁵² Interview mit Wilhelm Knop vom Mai 1985.

^{52a} Dokumentation, S. 51.

⁵³ Dokumentation, S. 55.

⁵⁴ Interview mit Paul Hinz vom Okt. 1985.

1827; abgegebene Stimmen: 1418; für Arbeit: 1100.⁵⁵ Diesen Erfolg der Einschüchterung und Verunsicherung versuchten die Arbeitgeber zur Dauerargumentation zu nutzen: Die Streikwilligkeit sei sehr gering. Das Resultat der Abstimmung fand in der Presse keine besondere Beachtung und geriet nach einigen Tagen in der breiten Öffentlichkeit in Vergessenheit.

Nach dieser von der Werksleitung beeinflussten Willenserklärung der Arbeitnehmer wurde von Gewerkschaftsfunktionären die Möglichkeit erörtert, verschiedene Betriebsabteilungen stillzulegen und damit letztlich den ganzen Betrieb doch zur Arbeitsniederlegung zu zwingen.

Paul Birkel, seit 1956 Vertrauensmann, seit 1957 bis zum Ausscheiden wegen Erreichung der Altersgrenze im Betriebsrat, zeitweilig auch als 1. Betriebsratsvorsitzender, erinnert sich an diese Überlegungen:

„Die Abteilungen Reparatur und Maschinenbau waren recht gut organisiert. Wir haben die Abstimmung – die von der Firmenleitung angeregt worden war – boykottiert, aber es hat nichts genützt. Da sind auch Organisierte zur Urne gegangen und haben abgestimmt. – Man hätte danach versuchen sollen, einige Kernbetriebe der Carlshütte zu bestreiken: Maschinenbau mit Werkzeugmacherei und Dreherei. Wenn wir die Arbeit niedergelegt hätten, hätte ich gern gesehen, ob die anderen hätten weiterarbeiten können. Willi Wiese, der 1. Bevollmächtigte, wollte das zunächst; später sagte er: ‚Wir nehmen nur die Werft Nobiskrug heraus.‘ Und die Werft Nobiskrug hat ja auch die ganze Zeit über gestreikt.“⁵⁶

In diesem Zusammenhang stellt die „Dokumentation“ (S. 154) fest:

„Nach eingehender Untersuchung mußten wir feststellen, daß auch die Schlüsselabteilung des Betriebes, nämlich die Gießerei, nicht sehr gut organisiert war und daß sie für eine Arbeitsniederlegung nicht in Frage kam.“

Auch personelle Gründe spielen dabei eine Rolle, daß in der Carlshütte nicht gestreikt wurde. Neben Dr. Schütte war es Karl Böge, der mit ihm und der Firmeninhaberin Frau Ahlmann in recht gutem Einvernehmen stand, weil er – als Sozialdemokrat und Antifaschist von der englischen Besatzungsmacht akzeptiert – maßgeblich die drohende totale Demontage der Carlshütte mitverhindert hatte. Willi Wiese, der der Verhandlungskommission angehörte, die vor dem Beginn des Streiks mit den Arbeitgebern sprach und der zusammen mit dem Kollegen Leo Allewelt von der Verwaltungsstelle Eckernförde der erweiterten Streikleitung angehörte, war zumindest einige Zeit nach Streikbeginn gegen eine Arbeitsniederlegung in der Carlshütte.

Unbestreitbar ist allerdings, daß auf dem Gebiet der heutigen Verwaltungsstelle Rendsburg in typischer Weise die Taktik des Schwerpunkt-Streiks angewendet wurde: von Anfang an Streik auf der Werft Nobiskrug, ab 10. Januar 1957 dann bei Sauer & Sohn in Eckernförde; am 11. Januar waren in die Arbeitsniederlegung insgesamt 34 068 Arbeiter einbezogen, in 38 Betrieben.

⁵⁵ Dokumentation, S. 154.

⁵⁶ Interview mit Paul Birkel vom April 1985.

Karl Noack, der schon in Berlin als sehr junger Mann Erfahrungen in der Streikleitung gesammelt hatte, unterstützte als DGB-Kreisvorsitzender die Kollegen von der IG Metall:

„Die Kollegen von der IG Metall traten an mich heran: ‚Karl, kannst du uns nicht helfen?‘ Da bin ich dann mit ihnen hinausgefahren: Hauptsächlich mit Hannes Hand von Nobiskrug habe ich eng zusammengearbeitet – und mit Fritz Ebersbach von der Kröger-Werft.“

Er erinnert sich, daß bei der Werft Nobiskrug auch Meister mitgestreikt haben. Detailliert schildert er sein Organisationsprinzip von Streiks:

„Zunächst habe ich mit dem Betriebsrat gesprochen: In welcher Stimmung befindet sich die Belegschaft? Wie hoch ist das Organisationsverhältnis? Wann kann eine Betriebsversammlung stattfinden? – Danach habe ich dann die Einstellung des DGB vorgetragen. Anschließend fand eine Abstimmung statt, bei der nur die Hand hochgehoben werden mußte. – Nun forderte ich den Betriebsrat auf, die Vertrauensleute der Belegschaft aus den einzelnen Abteilungen zusammenzurufen. Die Vertrauensleute sollten dann unter der Belegschaft die Frage stellen, wer sich ab morgens 5.00 Uhr als Streikposten zur Verfügung stellen will – eventuell mit Handzettel. – Ich selbst fuhr morgens um 4.00 Uhr mit dem Auto zum Schwerpunkt des Streiks: Wie läuft es? – Um 11.00 Uhr gab ich dann Flugblätter bei den Streikposten ab.“⁵⁷

Alfred Bauer berichtet über diese Zeit:

„Ich war Mitglied der Streikleitung bei Nobiskrug und hatte das Amt, Klagen anzuhören und anzunehmen und eventuell an einen Rechtsanwalt weiterzugeben, der das dann regelte. Ein Kollege hatte die Kassenführung; ein anderer gab die Essenmarken aus, für besonders Bedürftige: Es gab im Bahnhofshotel ein Mittagessen. Er organisierte auch die Zusammenkünfte. – Es war eine schlimme Zeit für viele Familien, die ihren zu zahlreichen Abzahlungsverpflichtungen nicht oder nur sehr schwer nachkommen konnten. Die Werftleitung kümmerte sich darum natürlich nicht. ‚Macht ihr das – meinetwegen aus der großen Streikkasse.‘ Wir Gewerkschafter bemühten uns, Stundungen zu erreichen oder gewährten Kredite oder Unterstützungen.“

Alfred Bauer gibt eine anschauliche Schilderung, wie der Streikablauf bei der Werft Nobiskrug gestört werden sollte:

„Es lag nur noch ein Schiff auf der Werft, das war ein ‚Däne‘. Es war überholt worden – die Reparaturarbeiten waren fast erledigt – und sollte nun wieder wegfahren. Wir haben gesagt: ‚Hein, wir führen die noch ausstehenden Arbeiten nicht aus. Dafür müßt ihr eine Genehmigung haben.‘ Das Schiff bekam dann über die Streikleitung in Kiel die Erlaubnis, daß wir die Restarbeiten auf der Werft erledigen dürfen und sollen. Naja. – Nun bekamen wir Karten für diejenigen, die die Genehmigung hatten, die Restarbeiten zu erledigen. Ich war auch im Büro anwesend, zusammen mit Hannes Hand, auch aus dem Vorstand, Betriebsratsvorsitzender. Hannes Hand hatte die Karten. Er sagte zum Vertreter der Betriebsleitung, einem Ingenieur, der das bearbeiten sollte: ‚Hier können sie sich nun die Leute anfor-

⁵⁷ Interview mit Karl Noack vom April 1985.

⁵⁸ Interview mit Alfred Bauer vom Mai 1985.

⁵⁹ Dokumentation, S. 143.

⁶⁰ Dokumentation, S. 143.

„*damit ist die Sache erledigt. Der Vertreter der Betriebsleitung: ‚Das machen wir nicht. Die Karten mit den Personenangaben stellen wir selber aus. Ich schaltete mich jetzt ein: ‚Sie sollen die tüchtigsten Leute haben, nicht die, die sie vielleicht unterbringen wollen. Die tüchtigsten Leute, damit diejenigen, die eine Karte haben, auch hinterher wieder, wenn diese Aufgabe erledigt ist, die Arbeit niederlegen. Ich selbst nahm nun die Karten an mich und bestand darauf: ‚Nein, das machen wir!‘ Ich war ja Mitglied im Aufsichtsrat und konnte mir das erlauben. Die Leute, die wir für die Restarbeit ausgesucht hatten, streikten hinterher alle wieder weiter – es gab nämlich auch Streikbrecher – sogar unter Organisierten.‘*“⁵⁸

Der Erfolg des Arbeitskampfes sollte auch durch die kulturelle Betreuung der Streikenden und durch die Einbeziehung der Ehefrauen in die Streikdiskussion gewährleistet werden.

In Rendsburg fanden schon am Montag, dem 29. Oktober im Lokal „Schützenhof“ Filmveranstaltungen statt: 14.00 Uhr Kindervorstellung, ein Märchenfilm; 16.00 Uhr und 20.00 Uhr für streikende Metallarbeiter und Angehörige ein Spielfilm. Vor den Filmveranstaltungen wurde meistens eine kurze Ansprache gehalten. Am 1. November rollte dann die „Große Streikrevue“ in der Nordmarkthalle in Rendsburg ab. In Gemeinschaftsarbeit mit der „NEUEN BERLINER BÜHNE“ und lokalen Konzertdirektionen stellte man ein Programm zusammen, das unter anderem auch das politische Kabarett „DIE GRENZGÄNGER“ mitgestalteten. In allen Veranstaltungsteilen wurde versucht, eine Verbindung zum Streik und seinen Zielen herzustellen. Die beteiligten Künstler waren alle organisiert und erklärten sich mit den Streikenden solidarisch. Am 20. November wurden im Gewerkschaftshaus in Eckernförde für Kinder ab 4 Jahren 2 Kasperleveranstaltungen durchgeführt: „Der Kasper kommt“.

„Der Vorführer des Kasperletheaters hielt vor jeder Veranstaltung eine kurze Ansprache von 5 Minuten, er fragte, warum die Kinder zu dieser Veranstaltung gekommen seien, und es war oft erstaunlich, wieviel Kinder über den Streik und seine Ziele Bescheid wußten.“⁵⁹

Eine Großkundgebung aller Streikenden war am 6. November in der Nordmarkthalle in Rendsburg. Am 16. November veranstaltete die IG Metall um 10.00 Uhr im „Schützenhof“ in Rendsburg eine große Streikversammlung – der Referent war Heinz Ruhnau aus Hamburg, Mitglied der zentralen Streikleitung und Verantwortlicher für die Streik-Nachrichten.

Am 7. Dezember wurde dann in der Nordmarkthalle in Rendsburg eine Großkundgebung durchgeführt; es sprach Carl Deibicht, Vorstandsmitglied der IG Metall:

„Die beiden Filmwagen des Vorstandes führten während des Streiks 249 Veranstaltungen mit 69995 Teilnehmern durch.“⁶⁰

Im Rendsburger Gebiet wurden Anfang Dezember folgende Filme gezeigt: Im „Schützenhof“: „BRAVO THOMAS“, „EIN ESEL, HERR GENERAL“, „SCHNEEWITTCHEN“ und „GLENN MILLER STORY“; in der Gaststätte Hans Cordts in Audorf: „SCHNEEWITTCHEN“ und im „Spitzkrug“ in

Am schwarzen Brett

KIEL

Ab sofort sind für alle streikenden Kollegen der Verwaltungsstelle Kiel folgende Kinos, werktäglich ab 9.30 Uhr, gemietet: „Holsatia“, Wellingdorf; „Karlstal“, Gaarden; „Reimers“, Elmschenhagen; „Deli“, Kirchhofallee; „Apollo“, Friedrichsort, und „Tivoli“, Holtener Straße.

Karten zum kostenlosen Eintritt für Streikende und deren Ehefrauen in den Streiklokalen. In jeder Vorstellung wird die neue Wochenschau sowie ein Spielfilm gezeigt.

GROSSE STREIKREVUE

31. 10. 16 u. 20 Uhr: Ostseehalle Kiel,
1. 11. 20 Uhr: Nordmarkthalle Rendsburg

Für Streikende und deren Ehefrauen Eintritt frei. Für Nichtstreikende Solidaritätsbeitrag 1,— DM. Eintrittskarten in den Streiklokalen und in den IG-Metall-Verwaltungsstellen erhältlich.

DER KASPER KOMMT

Freitag, 16. 11., Friedrichsort, 13 Uhr,
Prieser Hof; 14.45 Uhr, Prieser Hof

Sonnabend, 16. 11., Rendsburg

Montag, 19. 11., Flensburg

Dienstag, 20. 11., Eckernförde, 15 Uhr,
Gewerkschaftshaus

Für Kinder ab 4 Jahre

MÜLLN

26. November: Kabarett „Die Grenzgänger“ mit Eitel Reschke und Horst Braun.

LÜBECK

Sonnabend, 17. 11. 1956, Holstenor,
Streikversammlung. Referent: Koll. Mokrus.

Freitag, 16. 11., 9 Uhr, Holstenor-Lichtspiele „Faust im Nacken“; 11 Uhr, Burgtor-Lichtspiele „Faust im Nacken“.

Am Freitag um 16 und 20 Uhr findet eine Kabarettveranstaltung „Es ist zum Lachen“ im „Colosseum“ statt. Eintrittskarten sind in beschränktem Umfange bei den jeweiligen Streiklokalen erhältlich.

RENSBURG

Große Streikversammlung am Freitag, dem 16. November, um 10.00 Uhr im „Schützenhof“. Referent: Kollege Heinz Ruhnau.

Auch die Kinder sollten nicht zu kurz kommen: Sie konnten „Kasperle“-Vorführungen oder Kinderfilme besuchen. Das Zeitalter des Fernsehens war noch nicht angebrochen.

Das „Schwarze Brett“ in den „Streiknachrichten“ kündigte die zahlreichen Veranstaltungen für die Streikenden von der „Streikrevue“ bis zu den Streikversammlungen regelmäßig an.

Büdelndorf ebenfalls „SCHNEEWITTCHEN“ und „GLENN MILLER STORY“.

Die Vorweihnachtszeit brachte besondere Schwierigkeiten mit sich: Die Unternehmer hatten sicherlich darauf spekuliert, daß durch die Weihnachtsstimmung die Streikwilligkeit erschüttert werden könnte. Tatsächlich nahm auch die Zahl der Arbeitswilligen während dieser Zeit zu. Mit großzügigen Sonderunterstützungen der Gewerkschaften und durch zahlreiche Solidaritätsspenden anderer Belegschaften konnten diese Wochen überbrückt werden.

Paul Birkel gibt den Hinweis:

„Auf der Carlshütte wurde ja nicht gestreikt, aber die Organisierten schafften es – es war gerade Weihnachtszeit – , daß Geldbeträge von der Belegschaft gewährt wurden. Lastwagen – vollbeladen mit Spenden – kamen von anderen Verwaltungsstellen in Rendsburg an.“

Alfred Bauer bekundete ebenfalls:

„Die Belegschaft der Carlshütte gab Zuschüsse für die Streikkasse. Und auch bei Veranstaltungen während des Streiks in der Nordmarkhalle waren viele Kollegen von der Hütte dabei.“⁶¹

Am 7. Januar fand die 3. Urabstimmung statt – 76,2 % lehnten das Verhandlungsergebnis ab. Das Abstimmungsergebnis analysiert Rainer Kalbitz:

„Die Aufschlüsselung der Wahlergebnisse zeigt, daß die kleinen Bezirke mit weniger Mitgliedern eher geneigt waren, der IG Metall-Spitze zu folgen, als die in den größeren Städten. Diese Bezirke lagen alle weit über dem Annahme-Durchschnitt von 21 % : Rendsburg: 32 %, Elmshorn: 37 % ... Die zweite Gruppe wurde dadurch charakterisiert, daß sie zwar auch noch über der Durchschnittsmarge lag, aber doch wesentlich geringer; es handelt sich dabei um größere Städte als in der ersten Gruppe: Eckernförde 23 %, Lübeck 22 %.“⁶²

Entgegen den Befürchtungen, die durch die Arbeitgeber geäußert wurden, nahmen bereits in den ersten 3 Tagen nach dem Streik etwa 90 % der Streikenden ihre Arbeit wieder auf. In Rendsburg begann man unmittelbar nach Streikende mit der Arbeit. In Eckernförde waren am 27. Februar 1957 noch 52 Arbeitnehmer im Ausstand – am 11. März dann niemand mehr.⁶³

Paul Birkel gibt die Bestätigung:

„Viele Mitglieder der Belegschaft bei Nobiskrug wollten die Arbeit nach dem Streik nicht wieder aufnehmen: Sie waren mit dem Ergebnis unzufrieden. – In den Streiklokalen war die Stimmung während des Arbeitskampfes immer sehr gut – gerade auch bei der Auszahlung der Streikgelder. Ortsverwaltungsvorstandsmitglieder machten den Kollegen in den Streiklokalen immer wieder Mut. Keiner klagte: ‚Das ist zu wenig Geld‘. Viele zogen über Land und betrieben regen Tauschhandel, damit sie etwas besser leben konnten. – Wir hätten den Streik wahrscheinlich auch noch länger durchgehalten.“⁶⁴

Wolfgang Zanella versicherte ebenfalls, daß sich die Arbeitsaufnahme bei der Firma Sauer & Sohn verzögerte. Im Mai 1951 wurde er dort als Meister eingestellt und wurde 1952 freigestell-

⁶¹ Interview mit Paul Birkel vom April 1985, Interview mit Alfred Bauer vom Mai 1985.

⁶² Kalbitz, R.: Biographie über den Streik der IG Metall in Schleswig-Holstein 1956/57, in: Dokumentation, S. 207.

⁶³ Dokumentation, S. 162.

⁶⁴ Interview mit Paul Birkel vom April 1985.

ter Betriebsratvorsitzender, er war auch Schulungsleiter für die Vertrauensleute in Eckernförde.

Während des Streiks 1956/57 nahm er ebenfalls bei der zentralen Streikleitung im Kieler Landeshaus an den Verhandlungen teil. Er bekundete:

„Die Belegschaft wollte den Streik nur ungern beenden. Man suchte uns im Gewerkschaftshaus auf: ‚Ihr habt uns verraten!‘“.

Ausschließlich die Werksleitung der Carlshütte verhält sich nach dem Streik anders als die anderen Betriebsleitungen in Schleswig-Holstein:

„Wir haben bisher noch nicht feststellen können, daß in den bestreikten Betrieben Versuche unternommen wurden, den Erfolg der IG Metall zu verkleinern und die Arbeiter gegen ihre Organisation auszuspielen. Nur im Falle der Carlshütte in Rendsburg ist in der letzten Werkszeitung über den Streik geschrieben worden. Die Darstellung sollte beweisen, daß der Streik im Grund genommen unsinnig war und man den Erfolg auch ohne Streik hätte erreichen können.“⁶⁵

Bei den Vorbereitungen zu Betriebsratswahlen konnte man als positiv vermerken,

„daß bei der Auswahl der Kandidaten besser ausgesucht wird als bisher. Die Verwaltungsstelle Rendsburg schreibt dazu: ‚Zu dieser Frage ist zu sagen, daß erfreulicherweise die Kollegen mit mehr Sorgfalt als bisher an die Betriebsratswahlen herangehen und für uns eine Auswahl nach der Stellung zur Organisation festzustellen ist. Das scheint uns besonders erfreulich.“⁶⁶

Über den Verlauf der Ortsverwaltungswahl teilt die Verwaltungsstelle Rendsburg ebenfalls mit:

„Hier trifft das gleiche zu wie bei der Frage 7 (nach den Betriebsratswahlen, d. Verf.). Bei den Neuwahlen zur Organisation haben unsere Kollegen mehr als bisher auf die Mitarbeit und den Einsatz für die Organisation gesehen. Das gilt auch für die Wahl zu den Funktionen, und zwar mit einer noch nie beobachteten Sorgfalt.“⁶⁷

Durch diesen Streik war bewiesen, daß die Lohnabhängigen und ihr gewerkschaftlicher aktiver Kern bereit waren, auch für die Forderungen des Aktionsprogrammes zu kämpfen. Die Streiktaktik hatte unter anderem gezeigt, daß man nicht nur in Tarifgebieten, in denen jeder Betrieb gut organisiert ist, die Arbeit niederlegen kann, sondern auch in Gebieten wie Rendsburg und Eckernförde, wo die Verhältnisse nicht so günstig liegen.

Wesentliche Einschätzungen und Folgen des Streiks

1. Erstmals war ein Streik um einen Rahmentarifvertrag und um ein politisches Ziel geführt worden: die Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten. Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle konnte von den norddeutschen Metallarbeitern stellvertretend für das gesamte Bundesgebiet durchgesetzt werden.
2. Die Durchführung des Streiks hatte gezeigt, daß Arbeitnehmer und Gewerkschafter bereit waren, für die Forderungen des DGB-Aktionsprogrammes zu streiken.

⁶⁵ Dokumentation, S. 177.

⁶⁶ Dokumentation, S. 178.

⁶⁷ Ebd.

3. Trotz massiver Gegenwehr der Unternehmer und Arbeitgeberverbände war dieser Arbeitskampf so lange durchgehalten worden. Die bestreikten Betriebe erhielten beispielsweise bis zu 90 Prozent der entstandenen Ausfälle ersetzt. Besonders in den ersten Wochen des Arbeitskampfes behaupteten die Arbeitgeber immer wieder, die Arbeitswilligkeit sei sehr groß, und der Streik sei nur das Werk einiger Gewerkschaftsfunktionäre. Dabei spielte der Hinweis auf die Abstimmung der Carlshütte in Büdelsdorf eine große Rolle, die von der Werksleitung – mit dem einflußreichen Dr. Schütte an der Spitze – inszeniert worden war. Wie bei früheren Streiks versuchte man auch wieder, betriebliche Sozialeinrichtungen als Druckmittel gegen Streikende zu benutzen: Vor allem die Werkswohnungen waren dabei in den Mittelpunkt gerückt worden.
4. Die Streiktaktik war insgesamt gesehen erfolgreich: Insbesondere die Anwendung des Schwerpunktstreiks, die Einbeziehung der Familien und die Information der Streikenden durch die Streik-Nachrichten trugen vor allem zur Durchsetzung der Forderung nach Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle bei.
5. Dieser bis heute längste, hart geführte Arbeitskampf, der von einer breiten nationalen wie internationalen Solidaritätsbewegung unterstützt und mit Erfolg beendet wurde, hatte auch Auswirkungen auf das Bewußtsein der Arbeiter/innen – nicht nur im norddeutschen Raum. Ihnen wurde erneut vor Augen gestellt, daß sie ihre Forderungen, ihre Interessen durch gemeinsames, solidarisches Handeln durchsetzen können.
6. Der entscheidende Durchbruch zur Gleichbehandlung von Arbeitern und Angestellten war erreicht, ein längerer Urlaub und eine bessere Urlaubsvergütung erzielt worden. Nur wenige Monate später – am 26. Juli 1957 – verabschiedete der Bundestag das „Gesetz zur Verbesserung der wirtschaftlichen Sicherung der Arbeiter im Krankheitsfalle“. Dadurch wurde die Ausstrahlungskraft des Streiks noch unterstrichen: Ohne ihn hätte auch hier der soziale Fortschritt noch einige Zeit auf sich warten lassen.
7. Der Streik hatte ein gerichtliches Nachspiel. Das Bundesgericht verurteilte am 31. 10. 1958 auf Antrag des Arbeitgeberverbandes der Metallindustrie Kiel die IG Metall zu einer Schadensersatzzahlung für die durch den Streik entstandenen Verluste (20 Mio. DM). Entscheidend war dabei nicht die Schadensersatzsumme – die IG Metall hat diese Summe nie bezahlt –, sondern die Tatsache, daß bei diesem Urteil die innergewerkschaftliche Willensbildung selbst als Kampfmaßnahme gewertet wurde: Der Beschluß der IG Metall, eine Urabstimmung durchzuführen, wurde bereits als Kampfmaßnahme gewertet, die das Schlichtungsverfahren und daher die „Friedenspflicht“ verletzt habe. Dieses Gerichtsurteil hatte bis in die 80er Jahre Gültigkeit.
8. Den Arbeitgebern war es nicht gelungen, die Metallarbeiter Schleswig-Holsteins daran zu hindern, einen sozialpoliti-

schen Fortschritt zu erringen, der schließlich allen Arbeitern/innen der Bundesrepublik Deutschland zugute kam.

Literatur

Baring, A.: Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie, München 1969

Beier, G.: Der große Metallarbeiterstreik von 1956/57 und die Transformation der nationalen Frontstellung in eine soziale, in: Arbeiterbewegung in Nord- und Mitteleuropa zwischen nationaler Orientierung und Internationalismus. Hrsg. v. A. Kluge, Flensburg 1976, S. 92–100.

Deppe, F., Fülberth, G., Harrer, H.-J. u. a.: Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Köln 1977.

„Die Welt“ (verschiedene Ausgaben).

„Freies Volk“ (verschiedene Ausgaben).

„Industriekurier“ (verschiedene Ausgaben).

Kalbitz, R.: Biographie über den Streik der IG Metall in Schleswig-Holstein 1956/57. (Auszug aus einer wissenschaftlichen Arbeit), in: Streik der Metaller Schleswig-Holstein 1956/57. Dokumentation. Hrsg. vom Vorstand der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/Main 1978, S. 181–217.

Köhler, F.: Drei gerechte Forderungen. Der Metallarbeiterstreik in Schleswig-Holstein, Berlin (DDR) 1958.

KPD 1945–1965. Abriss, Dokumente, Zeittafel, Berlin (DDR) 1966.

„Lübecker Freie Presse“ (verschiedene Ausgaben).

„Metall“ (verschiedene Ausgaben).

Mündliche Aussagen von Alfred Bauer, Paul Birkel, Julius Bredenbeck, Paul Hinz, Wilhelm Knop, Karl Langmaack und Karl Noack

90 Jahre Industriegewerkschaft 1891–1981. Vom Deutschen Metallarbeiterverband zur Industriegewerkschaft Metall. Ein Bericht in Wort und Bild. Hrsg. v. der IG Metall, Köln 1981.

Schimpl, J., Dipl.-Ing., Briefe an die Mitarbeiter vom 31. 10. 1956 und 7. 12. 1956, Archiv der IG Metall Lübeck.

„Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ (verschiedene Ausgaben).

Streik der Metaller Schleswig-Holstein 1956/57. Dokumentation. Hrsg. vom Vorstand der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/Main 1978.

Streik-Nachrichten des Metallarbeiterstreiks in Schleswig-Holstein vom 24. Oktober 1956 bis 14. Februar 1957. Hrsg. und überreicht vom Vorstand der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/Main 1976.

Varain, H. J.: Der Metallarbeiterstreik 1956/57, in: Parteien und Verbände. Eine Studie über ihren Aufbau, ihrer Verflechtung und ihr Wirken in Schleswig-Holstein 1945–1958, Köln und Opladen 1964.

„Welt der Arbeit“ (verschiedene Ausgaben).

